

Walter Feichtinger
Predrag Jurekovic
Andrea Riemer

Fallstudie ‚FYROM/Mazedonien‘ im Rahmen der Projektkooperation "Anwendung eines Early Warning Systems"

Inhalt

- 1. Grundsätzliche Überlegungen zur Situation im Internationalen System nach 1989/90 und Möglichkeiten der Krisenfrüherkennung**
 - 1.1 Transformationen als wesentliche Lebensprämissen für das Internationale System
 - 1.2 Die Lage ab 1989/90
 - 1.3 Krisenfrüherkennung bzw. Early Warning (EW)
 - 1.4 Grundannahmen für Schlüsselbegriffe im Rahmen der vorliegenden Arbeit
 - 1.5 Angewendete Methoden
- 2. Die Early Warning Instrumente**
- 3. Grundlegende Bemerkungen**
 - 3.1 Zum Zeitrahmen
 - 3.2 Zum Aufbau der Arbeit
 - 3.3 Zum Krisenbegriff und den verwendeten Quellen
- 4. Akteurskonstellation am Südbalkan**
 - 4.1 Überblick
 - 4.2 Mazedonien: ein kurzer historischer Einstieg
- 5. Krisenpotentialanalyse**
 - 5.1 Vorgehensweise und Analysebasis
 - 5.2 Krisenpotential Demographie
 - 5.3 Krisenpotential Macht- und Ordnungspolitik
 - 5.4 Krisenpotential Ökonomie
 - 5.5 Krisenpotential Militär
 - 5.6 Ökologie und Technologie
- 6. Die Vernetzungen/Zusammenhänge zwischen den Krisenpotentialen und die Priorisierung**
- 7. Signale für die einzelnen Bereiche**
- 8. Stabilitätsaussagen zu FYROM/Mazedonien**
 - 8.1 Grundsätzliche Anmerkungen
 - 8.2 Stabilitätenprofil zu Beginn der Unabhängigkeit 1991
 - 8.3 Stabilitätenprofil 1992 – Verschärfung der Krise mit Griechenland
 - 8.4 Stabilitätenprofil 1995 – Abflauen der Krise mit Griechenland
 - 8.5 Stabilitätenprofil am Höhepunkt der Kosovo-Krise (Frühjahr/Sommer 1998)
 - 8.6 Stabilitätsprofil nach dem Regierungswechsel 1998
 - 8.7 Kommentar zu den Stabilitätenprofilen
- 9. Krisenpotentialranking**
 - 9.1 Grundsätzliche Anmerkungen
 - 9.2 Krisenpotentialranking zu Beginn der Unabhängigkeit 1991
 - 9.3 Krisenpotentialranking Mitte 1992 – Verschärfung der Krise mit Griechenland
 - 9.4 Krisenpotentialranking 1995 – Abflauen der Krise mit Griechenland
 - 9.5 Krisenpotentialranking zum Höhepunkt der Kosovo-Krise (Frühjahr/Sommer 1998)
 - 9.6 Krisenpotentialranking nach dem Regierungswechsel 1998
- 10. Conclusio**
 - 10.1 Methodische Schlußfolgerungen
 - 10.2 Inhaltliche Schlußfolgerungen

Fallstudie ‚FYROM/Mazedonien‘ im Rahmen der Projektkooperation "Anwendung eines Early Warning Systems"

1. Grundsätzliche Überlegungen zur Situation im Internationalen System nach 1989/90 und Möglichkeiten der Krisenfrüherkennung

Ausgangspunkt für die vorliegende Fallstudie ist die ab 1989/90 grundlegend geänderte globale Situation. Die seit damals stattfindende weitreichende und tiefgehende Transformation im Internationalen System bildet die Basis für alle weiteren Schritte im Rahmen einer Früherkennung krisenhafter Phänomene.

Im folgenden werden die für die Fallstudie und die Anwendung eines konkreten Early Warning Framework relevanten Ausgangsbedingungen und Schlüsselbegriffe erläutert. Es handelt sich um

- grundsätzliche Ausführungen zu Transformationen im Internationalen System,
- eine Kurzschilderung der Lage ab 1989/90 inklusive der Unterschiede zur Zeit des ‚Kalten Krieges‘ bzw. der bipolaren Konstellation,
- grundsätzliche Bemerkungen zur Krisenfrüherkennung bzw. Early Warning (EW),
- Grundannahmen zu den beiden Zentralbegriffen ‚Krise‘ und ‚Signal‘ und
- Methoden, die zur Anwendung kommen.

Des Weiteren werden die angewendeten Instrumente kurz skizziert.

1.1 Transformationen als wesentliche Lebensprämisse für das Internationale System

Transformationen oder Diskontinuitäten im Sinne von tiefgreifenden und weitreichenden Umbrüchen (als vorläufige Definition) im Internationalen System sind Phänomene, die lange Jahre aus wissenschaftlichen und praktischen Analysen und Überlegungen ausgeklammert wurden. Viel eher wurde nach der Kontinuität denn nach der Diskontinuität in der Entwicklung des Internationalen Systems gesucht. Aus der sogenannten ‚kontinuierlichen Geschichte‘ lassen sich aufgrund von Projektionen der Vergangenheit in der Zukunft und aufgrund von Analogieschlüssen leichter Aussagen über eine mögliche ‚künftige Geschichte‘ ableiten. Brüche waren in dieser Betrachtungsweise nur hinderlich.

Dabei wird aber immer wieder übersehen, daß Transformationen, Diskontinuitäten und das Aufkommen krisenhafter Phänomene - wie sie beispielsweise seit dem Zerfall der Sowjetunion 1989/90 stattfinden -, aber (wenn auch gerne ausgeklammert in den Analysen und Situationsbeurteilungen) immer Teil der Entwicklung des Internationalen Systems waren, der sich auch durch ein gezieltes Ausblenden nicht wegmachen ließ. Sehr oft haben vorerst negativ beurteilte Ereignisse oder Prozesse letzten Endes zu einer positiven Weiterentwicklung des Gesamtsystems beigetragen. Dies war aber erst nach einiger Zeit so beurteilt- und erkennbar.

1.2 Die Lage ab 1989/90

Es ist offenbar, daß es Zeiten gibt, in denen sich der Wandel im Sinne von Diskontinuitäten und Krisen im Internationalen System oder in Teilsystemen besonders rasch und tiefgreifend vollzieht. Der Zerfall der Sowjetunion hat ein über nahezu fünfzig Jahre anhaltendes, relativ stabiles machtpolitisches und gesellschaftliches Ordnungsmuster zu Fall gebracht. Die Folgen waren für alle Beteiligten des Internationalen Systems relativ neu.

- Aus einem bipolaren Machtsystem mit eindeutig zuordenbaren ‚Spielern‘ wurde ein multipolares Machtsystem, das noch lange nicht sein vorläufiges Endstadium im Sinne eines in den Konsequenzen relativ absehbaren Ordnungskalküls erreicht hat.
- Alle bisherigen Methoden und Instrumente hatten mehr oder weniger versagt.

- Der politische Umbruch wurde durch mindestens ebenso heftige Veränderungen in der Ökonomie überlagert.
- Die demographischen, technologischen und ökologischen Entwicklungen im globalen System bilden weitere Überlagerungsebenen, die aufgrund des hohen Vernetzungsgrades und der daraus resultierenden Komplexität das Gesamtsystem in seinem Fließgleichgewichtszustand massiv beeinflussen.
- Sozialwissenschaftler der unterschiedlichsten Disziplinen und politische Entscheidungsträger waren - scheinbar ‚über Nacht‘ - mit einem rasch zerbrechenden Groß-system konfrontiert.
- Die abzuleitenden Handlungen in den genannten Bereichen lagen bzw. liegen plötzlich nicht mehr auf der Hand, da eine Reihe der Wechselwirkungen entweder grundsätzlich noch nicht bekannt bzw. zwar bekannt, aber in den Konsequenzen noch eine Reihe von Unklarheiten zu finden ist.
- Die Entwicklung von 1989/90 ist durch folgende Eigenschaften gekennzeichnet:
- Hohe Breitenwirkung der Ereignisse (betroffen waren praktisch ausnahmslos - wenngleich mit einem Zeitverzögerungseffekt - alle sogenannten ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten)
- Rasche Systemveränderung (innerhalb von fünf Jahren kam es zu einer völligen Umgestaltung der ‚politischen Landkarte‘)
- Teilweise Systemtode (d.h. alte Staaten ‚starben‘ - neue Staaten entstanden)
- Tiefgreifende Beeinflussung aller Subsysteme (Macht- und Ordnungspolitik, Demographie, Ökonomie, Ökologie, Technologie)
- Rascher Ausbreitungseffekt (besonders in der angsphase, als die Flüchtlingswelle über die ehemalige Tschechoslowakei und Ungarn nach Österreich als erstes ‚westliches‘ - wenngleich auch politisch neutrales - Land überschwappte)
- Grundlegende Systemneugestaltung (Wegfall des Blocksystems)

1.3 Krisenfrüherkennung bzw. Early Warning (EW)

1.3.1 Zum Begriff des EW und orderungen an EW

Der Begriff Early Warning (EW) ist in den letzten fünf Jahren zu einem ‚En Vogue Begriff‘ geworden. Gleichzeitig handelt es sich um einen der am meisten mißverstandenen Begriffe im Rahmen der Analyse und der Einschätzung des Internationalen Systems.

Wenn wir im folgenden von Early Warning sprechen, so meinen wir Instrumente bzw. Methoden, die konkrete Aktivitäten aufgrund einer ganz bestimmten Situationskonstellation im Internationalen System vorbereiten, um eine negative Systementwicklung zu unterbinden bzw. in ihren Konsequenzen abzuschwächen (‚threats‘) und positive Möglichkeiten (‚opportunities‘) zeitgerecht zu nützen. EW bedeutet nicht ‚Early Response‘, d.h. die konkrete Entscheidung, Lösungsansätze zu definieren und zu realisieren. EW ist daher ein ‚Entscheidungsunterstützungsinstrument‘. Die Entscheidung selbst wird nicht abgenommen. Immerhin aber wird eine gezielte, problemorientierte und realisierungsbezogene Entscheidungsvorbereitung mit verschiedenen Optionen geboten.

Wesentlich für ein funktionsfähiges und problemadäquates EW ist, daß

- keine linearen Analogieschlüsse, d.h. 1:1-Umlegung der Vergangenheit auf die Zukunft getätigt werden,
- keine mathematisch-statistischen Prognosen der künftigen Entwicklung vorgenommen werden,
- demnach keine Wahrscheinlichkeiten im klassischen Verständnis eingesetzt werden,
- sondern vielmehr qualitative Szenarien knapp beschrieben werden.
- Zudem werden keine mathematischen Modelle im herkömmlichen Sinn erstellt sondern die Beziehungen zwischen den Indikatoren über die Methode des sogenannten ‚Mapping‘ beschrieben werden.
- Damit bleiben die Indikatoren nicht als absolute Größe stehen, sondern werden zueinander in Beziehung gesetzt.

Will man das Ziel einer problemgerechten Entscheidungsvorbereitung und Entscheidungsunterstützung realisieren, so bedarf dies – ohne im Detail darauf einzugehen –

- einer entsprechenden organisatorischen Einbindung (unabhängig und in unmittelbarer Entscheidungsträgenähe),
- einer ressourcenmäßigen Unterstützung (Personal – Know-how – Budget),

- einer Akkordierung der wesentlichen Inhalte des Early Warning, insb. welche sind die definierten Krisenpotentiale, die beobachtet, analysiert und evaluiert werden,
 - einer Akkordierung der Informationsquellen,
 - einer Akkordierung eines Analyse- und Evaluierungsframeworks (inklusive Indikatoren, Methoden, Instrumente),
- eine offenen Gesprächsbasis zwischen dem Early Warner und dem politischen Entscheidungsträger.

1.3.2 Der Gegenstand des EW: Das Krisenpotential

Die Frage nach ‚Was will man frühzeitig erkennen?‘ mag banal und fast schon selbstverständlich klingen. Dennoch ist sie sowohl in der politischen Praxis als auch in der Wissenschaftler-Community der Streitpunkt par excellence. Sie mündet letzten Endes in die Frage: ‚Was stellt für uns ein Krisenpotential dar und ist daher beobachtungswürdig?‘

Um die Auswahl einigermaßen transparent zu machen, empfiehlt sich ein sequentielles Vorgehen, das man in einem ‚Rollover-Verfahren‘ anwendet. Dies meint, daß man mit einer sehr breiten Auswahl an beobachtungswürdigen Themen beginnt und dann Schritt für Schritt einengt. Konkret wird folgendermaßen vorgegangen:

Festlegung der Beobachtungsbereiche: Festzulegen ist, was konkret als Krisenpotential eingestuft wird und daher beobachtungswürdig ist, z.B. auf Basis bereits vorhandener Vorarbeiten zu ähnlichen Problemstellungen, aufgrund von Anregungen von potentiellen Adressaten für die EW-Arbeit oder aufgrund laufender Projektarbeiten auf einer übergeordneten Ebene, nach Anregungen von Informationsdiensten, aufgrund eines vorhandenen politischen Engagements auf einzelstaatlicher u./o. supranationaler Ebene im Sinne von Vermittlertätigkeiten u./o. konkretes Peace enforcement oder eines geplanten politischen Engagements auf einzelstaatlicher u./o. supranationaler Ebene im Sinne von Vermittlertätigkeiten u./o. konkretes Peace enforcement; zudem können die räumliche Nähe ohne vorhandenes u./o. geplantes politisches Engagement, ein hoher Bedrohungsgrad im Krisen- und Konfliktfall für die einzelstaatliche Sicherheit oder die potentielle Involvierung im Krisen- und Konfliktfall ein Krisenpotential und damit einen beobachtungswürdigen Bereich schaffen.

Danach empfiehlt sich eine Gliederung der vorhandenen Informationen in Beobachtungsstufen, wobei die Fristigkeit möglicher Wirkungen eine brauchbare Hilfestellung ist.

Auswahl des Raum-/Zeit-Kalküls: Wie immer das konkrete Fallstudienobjekt gewählt wird – aus zeitlicher Sicht empfiehlt sich eine Kombination aus kurz- und mittelfristigen Betrachtungen. Will man bei einer Staatenanalyse den regionalen Kontext dazunehmen, so kann abrundend eine Langfristbetrachtung in Form von Szenarien dazugenommen werden. Diese sollte aufgrund der generell erhöhten Empfindlichkeit der Situationskonstellation nach 1989/90 nicht mehr als 5 Jahre umfassen. Alles andere wäre nur mehr reine Spekulation.

1.4 Grundannahmen für Schlüsselbegriffe im Rahmen der vorliegenden Arbeit

Die vorliegende Arbeit geht von einer Reihe von Grundannahmen zu Schlüsselbegriffen im Rahmen von EW aus. Im Wesentlichen handelt es sich um den Krisenbegriff und den Begriff des Signals.

1.4.1 Der Krisenbegriff

Das vorliegende Verständnis zum Krisenbegriff ist nicht quantitativ ausgerichtet, d.h. wir gehen nicht von mathematischen Schwellwerten oder statistisch fundierten Modellen aus. Vielmehr wurde ein qualitativer Krisenbegriff zugrunde gelegt, der als Orientierungshilfe dient. Zum Ergebnis, ob eine ‚Krise‘ vorliegt, gelangt man durch einen Vergleich mehrerer Problemfelder zu verschiedenen, ausgewählten Schlüsselzeitpunkten im Rahmen der Entwicklung des Fallstudienobjektes (hier der Staat FYROM/Mazedonien), kombiniert mit einem Vergleich mit ähnlichen Staaten bzw. mit Vorgaben von internationalen Gemeinschaften, so man dieser angehört bzw. in Hinkunft angehören möchte. Unser Vorgehen entspricht somit einem qualitativen Ansatz und einer mehrfach vergleichenden Situationsbeschreibung. Dies hat sich in der politischen Praxis als sehr gut brauchbar erwiesen.

Wenn wir in der vorliegenden Arbeit von ‚Krise‘ sprechen, so verstehen wir darunter eine Transformationsphase in der gesellschaftlichen Entwicklung auf regional lokaler Ebene, wobei

- nicht alle Bereiche gleichzeitig und gleich stark betroffen sein müssen,
- die Intensitäten des Geschehens im Zuge der Transformation in ihrer Stärke variieren,
- die Perzeption der Geschehnisse objektiv und subjektiv erfolgt und von der räumlichen Distanz beeinflusst wird.

Dabei wird der Ausgang der Situationskonstellation durch das Verhalten der gesellschaftlichen Entscheidungsträger beeinflusst.

1.4.2 Der Signalbegriff

Die Basisannahme der vorliegenden Arbeit lautet:

Jede diskontinuierliche bzw. krisenhafte Entwicklung im Internationalen System kündigt sich vorab durch Signale an.

Hierbei handelt es sich um Grundannahmen, den Signalbegriff und orderungen an den Early Warner definieren.

- Unter einem Signal wird eine Information oder ein Informationsbündel verstanden, das einem Ereignis bzw. Prozeß oder der Struktur im Rahmen der Auslöserfelder zuordenbar ist.
- Um ein Signal überhaupt wahrnehmen zu können, bedarf es von Seiten des Perzipierenden eines Mindestwissensstandes. Dabei handelt es sich z.B. um Kenntnisse zu den Zusammenhängen zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen, um historische Hintergründe oder machtpolitische Aspekte. Der Mindestwissensstand ist dafür ausschlaggebend, wann eine Information zum Signal mutiert.
- Wie stark ein Signal perzipiert wird, hängt vom Wissensstand des Wahrnehmenden ab (je höher der Wissensstand, desto früher wird ein noch so schwaches Signal erkannt und richtig interpretiert).
- Je näher ein Signal beim Kippen der Entwicklung zur Krise ist, desto konkreter ist es und desto geringer ist das Zeitbudget zur Reaktion.

Der Engpaß im Rahmen einer Erkennungsphase ist die Zeit zur Reaktion bis zum effektiven Ausbruch der Krise.

1.5 Angewendete Methoden

In der vorliegenden Arbeit wurde eine Kombination aus mehreren Methoden verwendet. Die Methode der Text-/Inhaltsanalyse bildet ein Schlüsselement im Rahmen von Early Warning. Es handelt sich dabei um eine nicht-interaktive Methode, d.h. ergebnisverzerrende Interaktionen mit dem Informationsträger wie sie etwa bei der mündlichen Befragung entfallen. In der Fallstudie wurden sowohl manifeste, d.h. Worte bzw. Wortkombinationen, Häufigkeiten, Symbole etc. als auch latente Inhalte, d.h. Interpretationen der manifesten Inhalte (bes. im Rahmen der Erarbeitung von Trends und Aussagen) verarbeitet. Für die Fallstudie wurden eine Reihe von Basisquellen vorab ausgewählt und unter Zuhilfenahme der nachfolgend vorgestellten Instrumente, insbes. des sogenannten Erfassungsgitters auf Zusammenhänge, Strukturen, Ereignisse und Prozesse untersucht.

Im Rahmen von Fallstudien werden im Regelfall spezielle Aspekte bzw. Problemgebiete herausgegriffen und anhand eines konkreten Beispiels untersucht. Fallstudien repräsentieren somit eine modellhafte Abbildung der Realität. Anhand des Modells lassen sich bereits existierende bzw. neu zu generierende Aussagen verifizieren bzw. falsifizieren. Ferner bilden Fallstudien die Basis für die Generierung neuer Hypothesen. In der vorliegenden Arbeit bildet die Fallstudie FYROM/Mazedonien die Basis und den Rahmen für die Anwendung der unten angeführten Instrumente.

2. Die Early Warning Instrumente

Die nachfolgend vorgestellten Instrumente basieren auf den oben beschriebenen Grundannahmen zu den Schlüsselbegriffen und sind primär qualitativer Natur, d.h. sie können weitgehend ohne EDV-Unterstützung verwendet werden. EDV ist in der Informationsgenerierungsphase (d.h. Recherche) bzw. beim Informationsupdating (d.h. in der laufenden Informationsbeschaffung) sinnvoll, da viele Quellen bereits auf CD-ROM verfügbar sind bzw. Internetabfragen in verschiedenen Aspekten effizient und unterstützend sein können.

Die im Zuge der vorliegenden Arbeit verwendeten Instrumente umfassen:

Erfassungsgitter: Es nennt die Bereiche, aus denen Diskontinuitäten entstehen können (,Diskontinuitätenfelder'), mögliche Schlüsselereignisse (,Diskontinuitätenpotentiale') führt und in einem dritten Schritt konkrete ,Krisenauslöserpotentiale' bringt. Es war das Schlüsselinstrument im Rahmen der Erfassung und für die Strukturierung der Fallstudie.

Impactmatrizen: Mit Hilfe der folgenden Impactmatrizen wird versucht, durch eine gezielte Fragestellung Zusammenhänge zwischen den einzelnen Diskontinuitätenpotentialen und Krisenpotentialen herzustellen. Diese Matrizen wurden in der Fallstudie nur verbal angewendet, indem versucht wurde, die grundsätzlichen Vernetzungen zwischen Teilproblemen festzustellen.

Evaluierungsbrücke: Als Bindeglied zwischen den Krisenursachen und den Signalen zur Erkennung derselben muß eine sog. ‚Evaluierungsbrücke‘ eingeführt werden. Mit diesem Instrument können die Erfassung, die Modellierung, Verwertung und Verknüpfung qualitativer und quantitativer Daten integriert werden. Die Evaluierungsbrücke war ein Schlüsseltool im Rahmen der während der Fallstudien durchgeführten Text- und Inhaltsanalysen.

Signalgitter: Um Signale als solche feststellen und kategorisieren zu können, wurde ein vier Stufen umfassendes Gitter erarbeitet. Es gliedert sich in sogenannte hyper signals, strong signals, weak signals und fade signals. Diese Kategorien sind durch eine Reihe von Merkmalen definiert.

Stabilitätenprofil: Das Stabilitätenprofil gibt einen zusammenfassenden Überblick zu den Krisenfrüherkennungserkenntnissen. Es handelt sich um eine Zeitpunktaufnahme. Durch die Aneinanderreihung mehrerer Stabilitätenprofile ergibt sich ein ‚qualitativer Stabilitätenfilm‘. Durch eine Veränderungsanalyse können die kritischen Bereiche festgestellt werden.

Krisenpotentialranking: Das Krisenpotentialranking ist wie das Stabilitätenprofil ein Instrument für eine Zeitpunktaufnahme einer Situationskonstellation. Es unterstützt die ‚Mehr-Krisenpotential-Betrachtung‘ und ermöglicht, auch in einer multidimensionalen Krisensituation den Überblick zu bewahren. Mit Hilfe des Krisenpotentialranking werden erste Empfehlungen für Aktionen gegeben. Die Ableitung derselben erfolgt aus den vorher erhaltenen Erkenntnissen. Die Nutzung des Instruments erfolgte über eine mehrere Runden umfassende Delphi-Befragung von Experten.

3. Grundlegende Bemerkungen

Der vorgelegte Bericht ist das Ergebnis einer knapp fünf Monate umfassenden Arbeit der drei Autoren. Ziele waren, die im Juli 1998 im Rahmen eines mehrtägigen Workshop präsentierten Early Warning Instrumente (EW) an einer konkreten Fallstudie - FYROM/Mazedonien - anzuwenden und - wenn erforderlich – weiterzuentwickeln bzw. zu verfeinern. Dies war für den Bereich ‚Militär‘ notwendig.

3.1 Zum Zeitrahmen

Die Arbeit baut auf einem historischen Aufriß unter Berücksichtigung des regionalen Kontextes auf. Diese historische Basis ist unabdingbar, um die über die eigentlichen Staatsgrenzen hinausgehenden Krisenpotentiale erkennen, analysieren und ihre Konsequenzen für FYROM/Mazedonien abschätzen zu können. Gerade am südlichen Balkan zeigen sich eine Vielzahl sogenannter Netzwerkeffekte, d.h. Verbundenheiten von Problemstellungen, die das Herauslösen einzelner, länderspezifischer Teilprobleme unmöglich und nicht sinnvoll machen, da Aktivitäten in einem Teilfeld zu Aktionen, Reaktionen und Konsequenzen in einem anderen Teilfeld führen.

Die Intensivanalyseperiode umfaßt die Zeit ab 1991 (Ausscheiden Mazedoniens aus dem jugoslawischen Staatsverband resp. Unabhängigkeitserklärung) bis Herbst 1998 (Konstituierung der neuen Regierung nach den Wahlen im Herbst 1998).

3.2 Zum Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist folgendermaßen gegliedert.

- Nach einigen grundlegenden Bemerkungen zur Vorgehensweise werden die Akteurskonstellationen, die für die vorliegende Fallstudie relevant sind, analysiert. Dabei wird in sogenannte Zentral-Akteure (d. s. solche, die unmittelbar in das Geschehen involviert sind) und Peripherie-Akteure (d. s. solche, die mittelbarer Geschehensbestandteil, deshalb aber nicht unbedingt unwichtiger sind).
- Danach erfolgt die Krisenpotentialanalyse für FYROM/Mazedonien. Diese erfolgt nach den Feldern Demographie, Macht- und Ordnungspolitik, Ökonomie, Militär, Technologie und Ökonomie. Das Feld ‚Militär‘ wurde neu entwickelt, wobei als Hilfestellung die bereits vorhandenen Bereiche herangezogen wurden. Es ist vergleichsweise noch etwas überdimensioniert und ausführlich gehalten. Dies ist für die Erstanwendung aber durchaus akzeptabel. Diese umfassende Krisenpotentialanalyse war die Grundlage für alle weiteren Arbeitsschritte.
- Es folgte die Herausarbeitung der Zusammenhänge zwischen den einzelnen genannten Bereichen und in ihre Bedeutungspriorisierung. Damit konnte man feststellen, inwieweit und wie stark sich die Felder in ihrer Entwicklung beeinflussen.
- Weitere Schritte waren die Erarbeitung eines fallstudienspezifischen Signalkatalogs. Damit wurden konkrete Ereignisse bzw. Entwicklungen – wiederum aufbauend auf der Krisenpotentialanalyse – herausgefiltert, die aufgrund der bisherigen Erfahrungen auf krisenhafte Entwicklungen hingedeutet haben.

- Mit Hilfe der Stabilitätenprofile wurde versucht, zu verschiedenen Zeitpunkten im Rahmen der Analyseperiode die Stabilität des Fallstudienstaates festzustellen. Dabei wurden verschiedene Bereiche desselben – wiederum basierend auf der Krisenpotentialanalyse – mit einem Stabilitätenprofil analysiert und die Ergebnisse abschließend aneinandergereiht und interpretiert.
- Abschließend erfolgte ein Krisenpotentialranking, d.h. die in den bisherigen Arbeitsschritten aufgefundenen konkreten Bereiche, die ein Krisenpotential repräsentieren, wurden angeführt und es wurden abgestufte Handlungsempfehlungen für den politischen Entscheidungsträger gegeben.

3.3 Zum Krisenbegriff und den verwendeten Quellen

Der Krisenbegriff war ein Schlüsselbegriff im Rahmen der Projektarbeit. Die Auswahl der Quellen war für die Erarbeitung der Fallstudie eine wesentliche Aufgabe, die auch das Ergebnis nachhaltig beeinflusste.

Es wurde von folgendem Krisenbegriff ausgegangen.

Bei einer ‚Krise‘ handelt sich um

- eine Transformationsphase in der Entwicklung des Systems ‚Staat‘ unter Berücksichtigung der regional-lokalen Ebene,
- wobei nicht alle Bereiche des Systems gleichzeitig und gleich stark betroffen sein müssen,
- die Intensitäten des Geschehens im Zuge der Transformation in ihrer Stärke variieren,
- die Perzeption der Geschehnisse objektiv und subjektiv erfolgt und von der räumlichen Distanz beeinflusst wird.

Dabei wird der Ausgang der Situationskonstellation durch das Verhalten der gesellschaftlichen Entscheidungsträger (mittelbare und unmittelbare Akteure im System) beeinflusst.

Die ersten drei Attribute sind objektiv feststellbar. Die Attribute vier und fünf sind stark subjektiv geprägt und nicht über objektive Kriterien feststellbar.

Der in der vorliegenden Arbeit verwendete Krisenbegriff hat eine neutrale Inhaltsgebung, d.h. eine Krise kann sowohl positiv als auch negativ für das System ‚Staat‘ in seiner Entwicklung sein.

Neben der Festlegung von Grundbegriffen wie dem Krisenbegriff war die Auswahl der zu analysierenden Quellen ein wesentlicher Schritt. In der vorliegenden Projektarbeit wurden eine Reihe von vorab selektierten Basisquellen als Grundlagenmaterial herangezogen und bei Bedarf ergänzt. Das Grundlagenmaterial umfaßt keine originalsprachlichen Quellen sondern deutsch- und englischsprachige Unterlagen. Dies wurde für die erste Arbeitsphase als ausreichend befunden. Eine weitere Quelle, insbesondere über die Außen- und Sicherheitspolitik Mazedoniens, stellen Erkenntnisse dar, die einer der Autoren dieser Studie, Predrag Jurekovic, im Rahmen seiner Teilnahme an einer Fact-finding-mission des Militärwissenschaftlichen Büros und der Projektgruppe für Internationale Friedenssicherung des BMLV (29. 6.-2. 7. 1998) gewonnen hatte.

4. Akteurskonstellation am Südbalkan

4.1 Überblick

Mit dem gewaltsamen Zerfall des früheren Jugoslawien im Jahre 1991 wurde im Balkanraum eine desintegrative Entwicklung eingeleitet, die auch drei Jahre nach dem Abschluß des Friedensabkommens von Dayton/Paris nicht abgeschlossen zu sein scheint. Insbesondere der südliche Balkan stellt nach wie vor ein Sicherheitsvakuum dar und verfügt über Konfliktpotentiale, die zu einer Destabilisierung der Gesamtregion führen könnten.

Eine frühzeitige Klarlegung von Krisenpotentialen und die Abschätzung von Wechsel- und Folgewirkungen im sich laufend ändernden und unvorhersehbaren Umfeld ‚Balkan‘ ist daher für die Formulierung einer Gesamtstrategie umso wichtiger. Will man letzten Endes eine Vermittlerrolle im Balkan, gleich auf welcher Intensitätsebene, einnehmen, so sind eine umfassende Analyse und systematische Einschätzung von potentiellen krisenhaften Konstellationen unabdingbar.

Die Situation am südlichen Balkan ist durch eine Reihe unterschiedlich stark ausgeprägter Krisenpotentiale, die sich zum Teil auch unterschiedlich stark überlagern und beeinflussen, gekennzeichnet. Die Auflösung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die sogenannte ‚dritte Diskussion der mazedonischen Frage‘ sowie das verstärkte Aufkommen der sogenannten ‚Albanischen Frage am Balkan‘ - die Verteilung der ethnischen Albaner auf drei Staaten und eine gewisse historisch bedingte Sonderstellung Albaniens - haben zu einer raschen Problematisierung der Lage geführt.

Die Problematik ‚Groß-Albanien‘ dominierte bislang das Geschehen. Daran wird sich auch in mittlerer Zukunft nichts ändern. Eine Lösung der ‚Albanischen Frage‘ bestimmt die Zukunft und das Schicksal von FYROM/Mazedonien mit.

Die Zentral-Akteure am südlichen Balkan sind die SFRJ, Kosovo (nicht als eigenständiger Staat verstanden, sondern als Akteur auf der politischen Bühne) und Albanien (zum Teil Gruppierungen mit sehr unterschiedlichen Ideen). Sie repräsentieren gleichzeitig Instabilitätszonen. Die Problematik einer systematischen Analyse und Einschätzung liegt darin, daß sowohl sogenannte Intrasystemkonflikte (d.h. innerhalb eines Hauptakteurs liegen zum Teil diametral entgegengesetzte Standpunkte zu ein und demselben Thema vor) als auch Intersystemkonflikte (d.h. zwischen den Hauptakteuren liegen Streitfragen und Konflikte bzw. Krisenpotentiale vor) sich überlagern und gegenseitig beeinflussen.

Als Peripherie-Akteure werden Griechenland, die Türkei, Bulgarien und allgemein die internationale Staatengemeinschaft angesehen.

FYROM/Mazedonien wird vor allem durch die Geschehnisse in Albanien und im Kosovo stark beeinflusst. Die drei Zentral-Akteure und FYROM/Mazedonien zeichnen sich durch ein sehr zerbrechliches innerstaatliches Gleichgewicht aufgrund institutioneller Veränderungen und durch ein ebenso zerbrechliches zwischenstaatliches Verhältnis auf mehreren Ebenen aus (bi- und multilateral - ungeklärt sind z.B. Fragen nach der Nationalität, der Region und der Staatsbürgerschaft, dem Minderheitenstatus und der Autonomie).

Wenn auch noch die Peripherie-Akteure Griechenland und die Türkei in das Geschehen involviert werden, besteht durchaus mittelfristig die Möglichkeit einer weitläufigen Eskalation und Betroffenheit, die weit über die Region hinausgehen und damit die gesamte NATO-Südostflanke und auch das südöstliche Gebiet der Europäischen Union in das Geschehen einbeziehen könnte.

Selbst wenn sich die Nachbarstaaten mit der Anerkennung von FYROM/Mazedonien zum Teil Zeit ließen, so ist heute allen klar, daß eine interne Destabilisierung bzw. eine völlige Auflösung von FYROM/Mazedonien einen wichtigen regionalen Puffer beträfe - mit ungeahnten Folgen für die Gesamtregion und ihre politische Zukunft.

4.2 Mazedonien: ein kurzer historischer Einstieg

Der historisch-geographische Raum Mazedonien, der über das Territorium des heutigen mazedonischen Staates hinausreicht und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder im Zentrum von Diskussionen rund um die Gebietsaufteilung am Balkan stand, wurde durch die Balkankriege von 1912/13 der türkischen Herrschaft entrissen und im wesentlichen zwischen den Königreichen Griechenland und Serbien aufgeteilt. Dies führte zu jahrzehntelangen und bis heute nicht ausgeräumten Spannungen dieser Staaten mit Bulgarien.

Die sogenannte ‚mazedonische Frage‘, die vor allem ab dem Berliner-Kongreß von 1878 laufend diskutiert wurde, schien mit der Einbindung von Vardar-Mazedonien in das kommunistische Jugoslawien unter Josip Broz Tito im Jahre 1945 weitgehend gelöst. Unter Tito wurde Mazedonien zu einer Republik erhoben und damit aus dem serbischen Machtbereich ausgegliedert. Der Nationsbildungsprozeß Mazedoniens, der vor der kommunistischen Machtübernahme aufgrund serbischer und bulgarischer Einflußnahme verzögert wurde, vollzog sich insbesondere in der Phase des titoistischen Jugoslawiens und daher mehr oder weniger unbemerkt von der Weltöffentlichkeit.

Im Jahre 1991 veranlaßte das Ausscheiden Kroatiens und Sloweniens aus der jugoslawischen Föderation die politische Führung Mazedoniens, die sich gemeinsam mit der Führung Bosnien-Herzegowinas bis zuletzt für den Erhalt der staatlichen Einheit Jugoslawiens eingesetzt hatte, ebenfalls einen Kurs der staatlichen Unabhängigkeit zu verfolgen. Ausschlaggebend dafür war die mazedonische Befürchtung, in einem serbisch dominierten Restjugoslawien neuerlich den Status von ‚Südserbien‘ zu erhalten.

Seit dem Referendum über die Unabhängigkeit am 8. 9. 1991 ist Mazedonien ein unabhängiger Staat. Am 17. 11. 1991 wurde die Verfassung der Republik Mazedonien proklamiert (‚Stille Unabhängigkeitserklärung‘). Die Namensbezeichnung ‚Mazedonien‘ führte zu einem nach wie vor nicht gänzlich gelösten Konflikt mit Griechenland. Die Aufnahme in die UNO (8. 4. 1993) erfolgte daher unter der Kompromiß-Bezeichnung ‚Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien‘ (FYROM).

Seit Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit wird Mazedonien im innenpolitischen Bereich mit Problemen konfrontiert, die in der Ära des kommunistischen Jugoslawiens aufgrund der den jugoslawischen Bürgern oktroyierten Ideologie der ‚Brüderlichkeit und Einheit‘ (‚bratstvo i jedinstvo‘) nicht offen zu Tage traten. Dies bezieht sich insbesondere auf die interethnischen Spannungen zwischen der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und der albanischen Ethnie, die als Hauptgefahr für die Stabilität des mazedonischen Staates anzusehen sind.

5. Krisenpotentialanalyse

5.1 Vorgehensweise und Analysebasis

Um Krisenpotentiale auffinden, beschreiben und letztendlich auch bewerten zu können, erfolgt im Anschluß die Darstellung von Bereichen (Diskontinuitätenfeldern), deren diskontinuierliche Entwicklung zu Krisenauslösern werden können.

In der vorliegenden Studie werden daher Krisenpotentiale dargestellt und mittels Indikatoren beschrieben. Als zentrale Bereiche haben sich sechs herauskristallisiert: Demographie, Macht- und Ordnungspolitik, Ökonomie, Ökologie, Technologie und Militär. Es ist allerdings nicht erforderlich, immer sämtliche Felder abzudecken, um zu Aussagen zu kommen. Erläuternd erfolgt die – nicht erschöpfende – ührung von Quellen.

Ausgangspunkt für die Auffindung, die Beschreibung und in der Folge Einschätzung von Krisenpotentialen ist das nachfolgende Gitter:

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Demographie	Ungleicher Bevölkerungsanstieg	Albaner wachsen stärker und rascher als Mazedonier und andere Gruppen
	Entstehung einer ‚Neuen Armut‘	
	Polarisierung durch Migration	Interethnischer Konflikt zwischen Albanern und Slawo-Mazedoniern durch die Migration aus dem Kosovo
	Ressourcenverknappung	

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Wachstumsraten (global, regional, lokal)
- Binnenmigrationsraten
- Städtewachstumsraten
- Ethnische Aufteilungen
- Einkommensverteilungskurven

Quelle(n)

UN-Reports, Volkszählungsergebnisse, OECD-Country Surveys, IMF-Reports, Expertengespräche

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Macht- und Ordnungspolitik	Auftreten neuer Pluralismen	Seit 1991 starke Pluralisierung im Parteienspektrum
	Entstehung eines neuen Nationalismus und gleichzeitig eines Regionalismus	Aufkommen von stark nationalistisch geprägten politischen Parteien
	Hervortreten alter Ethnien („Ethno-Nationalismen“),	Interethnischer Konflikt zwischen ‚albanischen Mazedoniern‘ und Slawo-Mazedoniern
	Religion als ‚Nische‘ und Problemlösungshilfe mit einem starken Ideologisierungsgrad	
	Entstehen einer ‚Machtlücke‘, die terroristische und mafiöse Gruppierungen zu füllen versuchen	

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Anzahl der politischen Parteien
- Regierungskonstellationen
- Einhaltung der Legislaturperioden
- Konstruktion/ideologischer Hintergrund der politischen Parteien

Brücke/Quelle(n)

internationale Fachzeitschriften und Tageszeitungen; Ministeriumspublikationen (via Internet);

Agenturmeldungen (international und national); Expertengespräche

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Ökonomie	Wissenspoolung führt zu einer Machtkonzentration in den Händen von relativ wenigen Personen	Schwach entwickelter Geld-, Finanz- und Bankenbereich (ökonomische Schlüsselbereiche). Machtkonzentration, da nur sehr wenige über Know-how verfügen und die Schwäche ausnutzen
		Privatisierung als Management buy out ist keine echte Privatisierung, sondern viel mehr eine Legalisierung bestehender Zustände im Sinne der Selbstverwaltung. Kombiniert mit der Unterentwicklung, dem zu geringen Investitionsvolumen und den strukturellen Schwächen können aufgrund der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit nur wenige Unternehmen überleben
	Wissen als Basis für die Entstehung neuer Bedrohungspotentiale	„Finanzielles Abenteuerertum“, vagabundierendes Kapital, Aufkommen sogenannter Transformationsgewinnler, vermehrte Korruption und Bestechung. Daraus resultieren Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Politik und Wirtschaft, die dem Gesamtsystem zum Nachteil gereichen können

Indikatoren zur Beschreibung derselben

Sektorale Aufteilung (Anteil am BIP)

BIP-Entwicklung

Inflationsratenentwicklung

Budgetdefizitentwicklung

Entwicklung diverser Bilanzen

Arbeitslosenratenentwicklung (auch nach Altersgruppen und Stadt/Land)

internationale Integration

Veröffentlichungen von Rating Agenturen

Brücke/Quelle(n)

Veröffentlichungen von staatlichen statistischen Ämtern und Unternehmervereinigungen; OECD-Country Survey; IMF-Reports; Internationale Fachzeitschriften; EU-Kommissionsberichte; EU-Parlamentsberichte; Expertengespräche

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Ökologie	Ressourcenkonflikte Lebensraumverknappung Umweltmigration	WEISSES FELD

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Verstädterungsraten
- Landwirtschaftsflächen
- Wasserprojekte
- Anzahl der Konflikte aufgrund knapper Ressourcen

Brücke/Quelle(n)

UN-Reports; NGO-Reports; Veröffentlichungen von Ministerien , Ämtern; Veröffentlichungen von Rating Agenturen; internationale Fachzeitschriften; Expertengespräche

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Technologie	Globale Vernetzung Neue Technologien bzw. die unsachgemäße Nutzung bereits existierender Technologien werden als Druckmittel verwendet	WEISSES FELD

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Technologietransferabkommen
- Wirtschaftsabkommen
- Dichte des Kommunikationsnetzes
- Anzahl der aufgedeckten Technologieschmuggelaktivitäten

Quelle(n)

UN-Reports; internationale Fachzeitschriften; Expertengespräche

Anmerkung: Als neuentwickeltes Feld detaillierter ausgeführt, offener Prozeß, anhand weiterer Fallstudie noch auszubauen. Kräfte des Innenministeriums sind hierbei nicht erfaßt, obwohl sie zweifellos ein bedeutender Faktor sein können. Derzeit noch weißes Feld, das zu entwickeln ist.

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren	Unmittelbare Krisenauslöser	Unmittelbarer Krisenauslöser
Diskontinuitätenfeld	Krisenpotential allgemein	Fallstudie
Militär	Militärpotential	
	Änderung Personalstärke	
	Änderungen Rüstungsbereich	Massiver Ankauf von mech. Gerät
	Dislokation	
	Ausbildung	
	Sonderkapazitäten	
	Prioritätenzuordnung Teilstreitkräfte	

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Änderung Wehrsystem (MobRahmen, Typus, Dienstzeit); Vermehrte Einberufung von Reservisten; Mobilmachung (Teil-, Voll-); Rekrutierungspotential
- Vermehrter Ankauf eingeführter u./o. modernerer Systeme; Stilllegung/Verkauf/Abgabe von Systemen; Beschaffung zusätzlicher Systeme
- Installierung mil.Anlagen oder Systeme in bisher mil. freien Zonen; Wesentliche Verstärkung existierender Anlagen/Posten; Aufmarsch im Grenzraum; Zusammenziehung/Verlegung von Teilen der Teilstreitkräfte in bestimmte Regionen (In-/Ausland)
- Änderung Übungshäufigkeit/-thematik; Schulung Personal im Inland durch ausländische Instrukturen oder im Ausland
- Aufstellung/Beschaffung/Verfügung über High Tech-/Spezialsysteme, A/B/C-Systeme, IW-Kapazitäten, Spezialtruppen/-verbände; Änderung in Aufgabenzuordnung, Änderung interne Budgetverteilung, Kompensation durch Kooperation

Quelle(n)

OSZE Berichte; IISS Military Balance; IISS Surveys; Fachzeitschriften, Expertengespräche, Verteidigungsministerium

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren Diskontinuitätenfeld	Unmittelbare Krisenauslöser Krisenpotential allgemein	Unmittelbarer Krisenauslöser Fallstudie
Fortsetzung Militär	Rolle der Armee	
	wirtschaftlich: signifikante Änderungen in Schlüsselkennzahlen	
	politisch: Mangelnde/über Norm liegende politische Kompetenz; niedere/hohe politische Schwelle zum Einsatz als Macht- und Ordnungsinstrument	
	Erwartungshaltung polit. Führung	
	Vertrauen/Loyalität polit./milit. Führung	
	gesellschaftlich: Veränderung in der Bedeutung im Selbstempfinden; Veränderung im Stellenwert in der Gesellschaft; Veränderung in der Perzeption des Auslandes (Armee als sipol Faktor); ethnische Disproportionalitäten	Wehrpflichtigenaufkommen deutlich unter Prognose sehr geringer Anteil der Albaner in Offiziers- / Unteroffiziersrängen

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Verhältnis BIP zu Verteidigungsausgaben (Zeitreihe oder int. Vergleich); Jährliches Verhältnis Investvolumen zu öffentl. Verschuldung
- Einbindung in politische Entscheidungsprozesse; Verfügungsgewalt und Regelmechanismen
- Aufgabenzuordnung
- Umbesetzungen in Spitzenpositionen; Divergenzen in verschiedenen Bereichen
- Befolgung Wehrpflicht; Zugang/Regelung Alternativdienst; Quotenregelungen; Proportionen in den Dienstgraden

Quelle(n)

IISS Military Balance; IISS Surveys; Fachzeitschriften; (Studien, Evaluierungen, Berichte); Fremdperzeption im Inland und Ausland (Berichte ausländischer Organisationen); demographische Daten; Interviews; Berichte

Bereich, aus dem diskontinuierliche Entwicklungen resultieren Diskontinuitätenfeld	Unmittelbare Krisenauslöser Krisenpotential allgemein	Unmittelbarer Krisenauslöser Fallstudie
Fortsetzung Militär	Kooperationspolitik	
	Multilaterale Abkommen	EU, OSZE, UNO, Pff; Friedenstruppe für Südosteuropa
	Bilaterale Abkommen	Türkei
	Existenz von Sonderkräften in- / außerhalb des Militärs	

Indikatoren zur Beschreibung derselben

- Antrag, Beitritt, Austritt, Ausschluß in/von Sicherheitsorganisationen
- Abschluß/Austritt; Häufung von Abschlüssen; Stationierung eigener Kräfte im Rahmen von Sicherheitsorganisationen u./o. multi-/bilateraler Abkommen im Ausland; Stationierung fremder Kräfte im Inland
- Auftreten von Söldnertruppen, Warlords, paramilitärischen Verbänden, Privatarmeen

Anmerkung: Der Begriff Kooperationspolitik ist selbstverständlich sehr breit, das Spektrum reicht von Kultur- über Wirtschafts- bis zur Sicherheitspolitik. In der vorliegenden Arbeit wurde der Begriff aufgrund der spezifischen Problemstellung sehr eng gewählt und beschränkt sich daher auf die Bereiche Militär- und Sicherheitspolitik.

Quelle(n)

Diverse internationale Organisationen, Diverse Medien, Preßerklärungen, Vertrags- bzw. Abkommenstexte und -interpretationen

5.2 Krisenpotential Demographie

Basis waren folgende Krisenpotentiale:

- Ungleiches Bevölkerungsanstieg: Dies zeigte sich besonders zwischen den albanischen Mazedoniern und den Slawo-Mazedoniern.
- Entstehung einer ‚Neuen Armut‘: Dieses Phänomen ist typisch für Staaten, die nach 1989/90 entstanden sind. Es ist eine Begleiterscheinung der umfassenden Transformation und zeigt sich auch in Mazedonien.
- Polarisierung durch Migration: Die geographische Verteilung der Bevölkerung in FYROM ist relativ fix. Es gibt kaum eine nachweisbare Binnenmigration und eine erhöhte Urbanisierung. Ein Krisenpotential hingegen resultiert aus der Migration aus dem Kosovo.
- Ressourcenverknappung: Dieser Faktor konnte nicht aufgefunden werden und scheint in FYROM zumindest in der Analyseperiode nicht relevant zu sein.

5.2.1 Bevölkerungsstruktur und demographische Entwicklung

Mazedonien ist ein multiethnischer Staat. Laut der Volkszählung aus 1994 hat FYROM/Mazedonien ca. 2 Mio Einwohner. Davon sind 66,5% Mazedonier, 22,9% Albaner, 4% Türken, 2% Serben, 2,3% Roma und 2,3% werden anderen Volksgruppen bzw. Minderheiten zugerechnet (z.B. Vlachen, Griechen). Wesentlich ist, daß dieses Ergebnis von der albanischen Minderheit nicht anerkannt wird. Seitens albanischer Sprecher wird vorgebracht, daß beim Zensus von 1994 ca. 120.000 – 145.000 ethnische Albaner keine Berücksichtigung gefunden hätten, die als Flüchtlinge aus dem Kosovo und aus Albanien in die Republik Mazedonien eingesickert sind und (noch) nicht die mazedonische Staatsangehörigkeit besitzen.

Im Gegensatz zu den offiziellen Volkszählungsergebnissen reklamieren albanische Repräsentanten eine Quote von 30-40% als der Wirklichkeit entsprechend und nehmen diese als Basis für ihre Argumentation, als eigenständiges, zweites Staatsvolk gleichberechtigt neben der mazedonischen Volksgruppe anerkannt zu werden.

Faßt man die Langzeitentwicklung des Nationalitätenspektrums ins Auge, so bestätigen die Zensusergebnisse 1994 den langjährigen Trend eines überdurchschnittlichen Wachstums der albanischen Bevölkerungsgruppe. Ein Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1953 und 1994 ergibt, daß der Bevölkerungsanteil der Mazedonier unter leichtem Oszillieren mehr oder minder bei zwei Dritteln stagniert, während der Anteil der Albaner durch eine

kontinuierliche Zunahme von 12,5 auf 22,9% gekennzeichnet ist. Absolut hat sich während des gesamten Zeitraums der erstgenannte Volksanteil um das 1,5fache, der letztgenannte jedoch um das 2,7fache vergrößert – ein Effekt, der vor allem durch eine - trotz rückläufiger Tendenz - immer noch extrem hohe Geburtenrate bei den Albanern hervorgerufen wird, der höchsten in Europa. Sollte diese demographische Entwicklung andauern, wofür zum gegenwärtigen Zeitpunkt alle Anzeichen sprechen, dürfte das albanische Element mehr und mehr an Boden gewinnen. Von daher erklären sich die mazedonischen Verdrängungsängste und das Bestreben der mazedonischen Bevölkerung, die Stellung als staatstragender Volksteil zu wahren.

Hinsichtlich der geographischen Aufteilung der Volksgruppen bzw. Minderheiten ergibt sich folgendes Bild: Die albanische Minderheit/Volksgruppe ist in Großstädten, vor allem aber im Westen konzentriert, die Türken in der Landesmitte, die griechische Minderheit im Süden an der Grenze zu Griechenland und der Rest ist mehr oder weniger zersplittert. Wesentlich ist, daß sich vor allem zwischen den Mazedoniern und den Albanern regelrechte Ghettos gebildet haben und eine Bevölkerungsdurchmischung praktisch über Jahre nicht erfolgte.

Die Aufteilung in religiöse Gruppen lautet: 67% Orthodoxe (primär Mazedonier, die den Slawen zugerechnet werden); 30% Muslime (primär Albaner), 3% andere Religionsgemeinschaften. Die Religionszugehörigkeit spielt eher eine untergeordnete Rolle. Sie wird der Volksgruppen- bzw. Minderheitenzugehörigkeit zugeordnet.

5.2.2 Radikalisierung der albanischen Bevölkerung durch Migration aus dem Kosovo?

Offizielle mazedonische Stellen machen insbesondere Albaner aus dem Kosovo, die seit den frühen achtziger Jahren vor der serbischen Repression nach Westmazedonien geflüchtet waren, für die Zunahme der interethnischen Spannungen verantwortlich. Mazedonischen Angaben zufolge würde es sich bei jenen albanischen Politikern, die den mazedonischen Staat durch einen bi-nationalen mazedonisch-albanischen Staat ersetzen wollen, großteils um ‚Kosovo-Albaner‘ handeln. Vor Ausweisungen ‚unbotmäßiger‘ Albaner in den Kosovo und nach Albanien schreckten die mazedonischen Behörden jedoch bislang zurück, um den Ausbruch von massiven Unruhen zu verhindern.

Albanische Politiker in Mazedonien wiederum beschuldigen die mazedonischen Behörden, bewußt restriktiv bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft an in Mazedonien lebende Albaner vorzugehen, deren Staatszugehörigkeit nicht geklärt ist. Das Ziel dieser ‚diskriminierenden‘ Politik sei es, politische Forderungen der albanischen Bevölkerungsgruppe zu unterbinden, sowie möglichst viele Albaner zum Verlassen des Landes zu bewegen, um die demographische Struktur zugunsten der Mazedonier zu verändern.

5.2.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Wie fast im gesamten südosteuropäischen Raum stellt die demographische Entwicklung auch in FYROM/Mazedonien im Hinblick auf die gespannten interethnischen Beziehungen einen relevanten Krisenfaktor dar und beeinflußt auch sehr wesentlich den zentralen Bereich der Macht- und Ordnungspolitik. Das disproportionale Wachstum der größten ‚Minderheit‘, der Albaner, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke de facto zum zweiten Staatsvolk geworden sind, wird von der slawo-mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und Titularnation als Bedrohung für die Existenz des mazedonischen Staates empfunden. Die albanische Bevölkerung sieht im Gegensatz dazu in der für sie günstigen demographischen Entwicklung einen wichtigen strategischen Vorteil gegenüber den Slawo-Mazedoniern und benützte diese im Analysezeitraum als wichtigstes Argument zur Untermauerung ihrer politischen Forderungen.

5.3 Krisenpotential Macht- und Ordnungspolitik

Basis waren folgende Krisenpotentiale:

- Auftreten neuer Pluralismen: Die Parteienlandschaft hat sich im üblichen Weg eines neu entstandenen Staates nach 1989/90 entwickelt.
- Entstehung eines neuen Nationalismus und gleichzeitig eines Regionalismus: Auch hier zeigten sich durchaus normale Tendenzen. National ausgerichtete Parteien bzw. Bewegungen gab es auch in FYROM, wobei die nationalistische Idee zumindest an der Oberfläche gegen Ende der Beobachtungsperiode wieder abgeflaut ist.
- Hervortreten alter Ethnien (‚Ethno-Nationalismen‘): Die Spannungen zwischen Albanern und Slawo-Mazedoniern können durchaus als das Krisenpotential schlechthin gesehen werden, da sie eine Art Kettenreaktion nach sich ziehen.
- Religion als ‚Nische‘ und Problemlösungshilfe mit einem starken Ideologisierungsgrad: Die Religion spielte zumindest in der Beobachtungsperiode keine Schlüsselrolle. Dennoch könnte aus dem Gegensatz albanisch-muslimische Bevölkerung versus slawo-mazedonisch-orthodoxe Bevölkerung durchaus ein

Krisenpotential erwachsen. Dies ist vor allem unter dem Aspekt der grundsätzlich relativ starken Involvierung der orthodoxen Kirche in den politischen Alltag zu beurteilen.

- Entstehen einer ‚Machtlücke‘, die terroristische und mafiöse Gruppierungen zu füllen versuchen: Vor allem im Bereich der Wirtschaft war diese Entwicklung immer wieder feststellbar; im politischen Bereich dagegen wenig bis gar nicht – jedenfalls war dies aus den zur Verfügung stehenden Informationen nicht abzuleiten.

5.3.1 Die Entwicklung des politischen Systems seit 1991

Mazedonien macht seit dem Jahre 1991 einen sich überlagernden Prozeß von Polarisierung und Fragmentierung der politischen Szene durch. Die Einführung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen, gepaart mit laufenden interethnischen Spannungen, haben die Instabilität noch gefördert.

Analysiert man den bisherigen Entwicklungsprozeß, so stechen vor allem folgende Merkmale hervor:

1. Die Entstehung der Parteienlandschaft ging relativ unproblematisch bereits ab 1990 über die Bühne.
2. Die Staatswerdung und die ersten Lebensjahre Mazedoniens sind stark von politischen Integrationsfiguren wie z.B. Staatspräsident Gligorov charakterisiert und auch geprägt worden, sodaß ethnische und sozio-ökonomische Trennlinien nicht in ihrer vollen Schärfe aufbrechen konnten.
3. Eine unabhängige Medienlandschaft existiert nach wie vor nicht. Die Zensur ist zwar gelockert, aber der Staat hat ein faktisches Monopol über die Medien.
4. Zwischen den Parlamentswahlen im Oktober 1994, deren zweiter Wahlgang von den Parteien des nationalistischen Lagers boykottiert wurde und den Parlamentswahlen im Oktober/November 1998 gab es im Abgeordnetenhaus keine Opposition mehr. De facto lag ein von Gligorov geprägtes Präsidialregime vor. Die Regierungen in dieser Phase wurden von einem Bündnis sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien angeführt, die als politischer Arm des mazedonischen ‚Übervaters‘ fungierten.
5. Die Wahlen im Oktober/November 1998 könnten eine entscheidende Zäsur für das politische System Mazedoniens bedeuten. Eindeutiger Wahlgewinner war die VMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Makedonische Nationale Einheit), die den neuen Ministerpräsidenten Mazedoniens stellt. Die VMRO-DPMNE kündigte in der Wahlkampagne für den Fall ihres Wahlsieges einen Systemwechsel an, der insbesondere an der Beseitigung der kommunistischen Spuren in der mazedonischen Gesellschaft sowie an einer Politik der ‚wirklichen‘ Privatisierung anstelle der bisherigen ‚Scheinprivatisierung‘ erkennbar sein soll. Obwohl sich die VMRO in der Tradition der gleichnamigen mazedonischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts sieht, betont sie ihren seit 1993 vollzogenen Wandel von einer Nationalbewegung zu einer christdemokratischen Zentrumspartei westlichen Zuschnitts. Kritiker werfen der VMRO jedoch vor, den Wandel nur an der Oberfläche vollzogen zu haben und weiterhin über eine ethno-nationalistische und an nationalen Mythen orientierte Grundeinstellung zu verfügen.
6. Ethnische Grenzen sind im Gegensatz zu ideologischen Grenzen auf der Koalitionsebene relativ leicht zu überwinden. Ein Indikator dafür ist, daß nicht nur die bisherige sozialistisch dominierte Regierung, sondern auch die künftige ‚mazedonisch-nationale‘ Regierung um Unterstützung bei den ethnischen Parteien der Albaner warb bzw. wirbt.

5.3.2 Mazedonien – Zwischen Ethno-Nationalismus und Integration in die europäischen Strukturen

5.3.2.1 Die FYROM-internen Auswirkungen der Albanien-Frage

Die ‚Albanien Frage‘ hat in FYROM/Mazedonien ein starkes gesellschaftliches, politisches und soziales Gewicht. Von einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Titularnation und der größten ethnischen Minderheit kann noch lange keine Rede sein. Vielmehr hat sich diese ungelöste Frage zum ‚gesellschaftlichen Spaltpilz‘ entwickelt. Die Kerndifferenzen betreffen Schlüsselemente des Staatswesens. Der Konflikt wird von politischen Organisationen, Abgeordneten und Ministern der albanischen Volksgruppe sehr stark mitgetragen. Die gespaltene Parteienlandschaft nach der Unabhängigkeit – innerhalb beider Volksgruppen finden sich Moderate und Radikale – hat die Situation noch zusätzlich angespannt.

1. Die Albaner sehen sich gegenüber den Slawen nicht als Minderheit, sondern als eigene Nationalität. Dies müsse auch verfassungsrechtlich abgesichert werden. De facto verlangen sie einen bi-nationalen Staat, in dem ihnen der Rang einer konstitutiven Nation zugestanden wird. Ferner bestehen Forderungen nach klaren Rechten wie z.B. der Einführung von Albanisch als zweite offizielle Sprache, der proportionalen Repräsentation in den staatlichen Institutionen, der Legalisierung der Universität Tetovo, dem Recht, die albanische Flagge in Städten mit albanischer Mehrheit zu hissen. Es kann praktisch unter allen Vertretern albanischer Interessen (sowohl bei den moderaten als auch bei den radikalen – der Unterschied liegt in der

Geschwindigkeit) ein Dreistufenplan ausgemacht werden: Autonomie – Föderalisierung – Kantonisierung. Die Mazedonier interpretieren all diese Forderungen als willentlichen Schritt zur Sezession und sind bestenfalls bereit, der albanischen Volksgruppe Minderheitenrechte zu gewähren. Die mazedonische Regierung verweist in diesem Kontext darauf, daß es in Mazedonien bereits staatliche albanische Grund- und Oberschulen gibt, in denen die Schüler fast ausschließlich in der albanischen Sprache unterrichtet werden, sowie daß zahlreiche Printmedien in albanischer Sprache erscheinen und mehrere Rundfunk- und Fernsehsendungen in albanischer Sprache ausgestrahlt werden.

2. Um den Willen zur Realisierung ihrer Forderungen zu demonstrieren, wird seit Jahren der Aufbau von albanischen Parallelstrukturen, insbesondere durch die Errichtung einer eigenen Universität in Tetovo, von albanischen Vertretern forciert. Dabei werden kulturell-erzieherische Argumente ins Treffen geführt. Die Mazedonier interpretieren diese Schritte als verschleierte Versuch, den angesprochenen Dreistufenplan umzusetzen.
3. Beide Seiten haben ihre Positionen einzementiert, was ein Abrücken ohne Gesichtverlust praktisch unmöglich gemacht hat. Albanische Politiker in Westmazedonien drohen für den Fall, daß die mazedonische Regierung ihre Forderung nach der Umwandlung Mazedoniens in einen bi-nationalen mazedonisch-albanischen Staat nicht erfüllt, mit einer Sezession der mehrheitlich von Albanern bewohnten Gebiete.
4. Die grenzüberschreitenden Einwirkungen haben durch die Lage im Kosovo, die Siedlungsgegebenheiten in FYROM/Mazedonien und die interne politische Situation an Brisanz gewonnen.

5.3.2.2 Die unmittelbaren Außenwirkungen der Albanien-Frage

Die internationale Haltung gegenüber FYROM/Mazedonien war ängstlich zögerlich. Vor allem die Nachbarstaaten weigerten sich nachhaltig, den neuen Staat anzuerkennen. Es gab eine Reihe ethnischer (Bulgarien, Griechenland) und territorialer Vorbehalte (bes. seitens Griechenlands, aber auch von Serbien). Analysiert man die einzelnen bilateralen Verhältnisse, so zeigt sich mit Herbst 1998 folgendes Bild (die Ordnung erfolgt nach einer Art ‚Krisenhaftigkeitspriorisierung der Beziehungen‘):

Serbien

Für Serbien brachte die staatliche Eigenständigkeit von FYROM/Mazedonien insofern Neuerungen, als für Süd- und Ostserbien der Zugang zum Meer nun weiter entfernt lag und die Grenze mit Griechenland wegfiel. Die serbische Führung unter Slobodan Milosevic provozierte den mazedonischen Staat seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1992 mit zahlreichen Grenzverletzungen und zeigte gegenüber dem von großserbischen Kreisen traditionell als ‚Südserbien‘ bezeichneten Mazedonien offene territoriale Aspirationen. Im April 1996 mußte Serbien nach den militärischen Niederlagen ihrer Satellitenstaaten (Krajina, Republica Srpska) in Kroatien und Bosnien-Herzegowina - ebenfalls unter äußerem Druck - Mazedonien völkerrechtlich anerkennen, da dies eine der Bedingungen für die Reintegration Serbiens und Montenegros in die internationale Staatengemeinschaft darstellte. Trotzdem betonen mazedonische Politiker die engen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu Serbien. Letzteres hat zur Folge, daß sich Mazedonien sowohl im außen- als auch im innenpolitischen Bereich gegenüber Serbien einer Selbstbeschränkung unterzieht, die - in Analogie zum finnisch-russischen Verhältnis während des Kalten Krieges - auch von manchen mazedonischen Politikern als ‚Finnlandisierung‘ der mazedonischen Politik bezeichnet wird.

Die Beziehungen zwischen FYROM/Mazedonien und Serbien werden zur Zeit durch die ungelöste Kosovoproblematik dominiert und damit von der ‚Albanischen Frage‘ überlagert. Eine Beurteilung ist nur unter Berücksichtigung der serbischen und der albanischen Ansprüche im Kosovo möglich.

Der Kosovo gilt den Albanern als Heimat ihrer im 19. Jahrhundert entstandenen Nationalbewegung und den Serben als das durch Mythen verklärte historische Kerngebiet ihres Staates. Die Albaner sehen sich als erste Bewohner des Kosovo, was historisch-politisch durchaus umstritten ist. Der zu Beginn dieses Jahrhunderts bereits mehrheitlich von Albanern bewohnte Kosovo geriet nach den Balkankriegen unter serbische Herrschaft. Es folgte eine erst Ende der sechziger Jahre nachlassende Unterdrückung. Unter Tito konnte sich die Situation relativ beruhigen. Im Jahre 1974 wurde der Kosovo als Teil Serbiens und zugleich als Teil der jugoslawischen Föderation definiert. Der Kosovo bekam den Status einer autonomen Provinz innerhalb Serbiens und wurde damit den sechs jugoslawischen Teilrepubliken fast gleichgestellt. Dieser Doppelstatus wurde von den Kosovo-Albanern nach dem Zerfall Jugoslawiens als rechtliche Grundlage für ihre Forderung nach Selbstbestimmung und Sezession interpretiert. Nach der Aberkennung des Autonomiestatus im Jahre 1989 durch die serbische Regierung und der Verstärkung der serbischen Repression erfolgte 1991 die Ausrufung der ‚Unabhängigen Republik Kosova‘ durch die politischen Parallelstrukturen der Kosovo-Albaner.

Das wichtigste Ziel der politischen Vertreter der Kosovo-Albaner ist die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, der als ‚neutraler‘ Staat zwischen Serbien und dem Mutterland Albanien bestehen soll. Die Kosovo-Albaner sind die größte Minderheit in Serbien. Somit gilt der Kosovo als Schlüssel für die zukünftige Position anderer Minderheiten in der BR Jugoslawien und für den Status Serbiens per se.

Eine weitere Verschärfung der Situation im Kosovo könnte zu einer Intensivierung der Flüchtlingsbewegungen in Richtung FYROM/Mazedonien führen und den Staat wirtschaftlich überfordern (Arbeitslosigkeit von ca. 35%) sowie politisch aufgrund der ethnischen Verhältnisse unter Druck setzen.

Albanische Politiker in FYROM/Mazedonien hatten den durch eine verstärkte Guerillatätigkeit seit Februar 1998 intensivierten ‚Befreiungskampf‘ der ‚Befreiungsarmee des Kosovo‘ (UCK) offiziell begrüßt. Der radikale Flügel der ethnischen Albanerparteien in Mazedonien droht zudem mit einer Ausweitung des ‚Befreiungskampfes‘ der UCK auf Westmazedonien und dessen Anschluß an die ‚befreiten Gebiete‘ des Kosovo, falls die mazedonische Regierung ihre politischen Forderungen nicht erfüllen sollte. Es ist davon auszugehen, daß jede Lösung für den Kosovo auch die Entwicklung der interethnischen Beziehungen in FYROM/Mazedonien beeinflussen wird. Eine auf dem Verhandlungswege zwischen serbischen Regierungsvertretern und albanischen Repräsentanten erzielte Autonomielösung für den Kosovo innerhalb Serbiens würde mit größter Wahrscheinlichkeit auch die politischen Repräsentanten der Albaner in Mazedonien dazu bewegen, ihre Forderungen gegenüber der mazedonischen Regierung einzuschränken. Umgekehrt kann davon ausgegangen werden, daß die Fortsetzung der Kämpfe im Kosovo auch in FYROM/Mazedonien bestehende secessionistische Strömungen stärken würde.

Albanien

Albanien nimmt in der Beurteilung neben Serbien eine Schlüsselrolle ein. Inneralbanische Probleme (z.B. eine Quasi-Teilung des Landes, ökonomische Schwierigkeiten etc.), die Kosovo-Problematik mit ihren ‚internen Bruchzonen‘ (z.B. Person von I. Rugova, Rolle der UCK etc.) und eine große albanische Volksgruppe in FYROM/Mazedonien machen Albanien zu einem schwierigen Kooperationspartner. Überlagert wird die Situation durch das Forcieren der sogenannten ‚großalbanischen Idee‘. Diese Idee bzw. die sogenannte ‚Albanische Frage‘ (Vereinigung aller Albaner in einem großen Staat) gilt nach wie vor als nicht gelöst und könnte innerhalb sehr kurzer Zeit zu einem der ganz großen Krisenpotentiale heranwachsen.

Verstärkt wird dies noch durch das Faktum, daß bestimmte politische Gruppierungen im Oppositionsbereich in Tirana das Schicksal der Albaner in Albanien, die Situation der Albaner im Kosovo/Serbien und jene der albanischen Volksgruppe in FYROM/Mazedonien miteinander verknüpfen und sich für die Realisierung der ‚großalbanischen Idee‘ einsetzen.

Die Politik der mazedonischen Regierung gegenüber der albanischen Volksgruppe ist als Indikator für das bilaterale Verhältnis zu sehen. Tirana hat großes Interesse an guten Beziehungen zu Skopje. Begründbar ist dies durch das Interesse der albanischen Regierung, das regionale, ökonomische und politische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, und das albanische Bewußtsein, daß die USA eine Destabilisierung von FYROM/Mazedonien nicht wünscht und auch nicht dulden würde.

Die Rolle der Regierung in Tirana ist jedoch zwiespältig. Einerseits versucht sie, im Konflikt zwischen dem mazedonischen Staat und seiner albanischen Volksgruppe als Vermittler zu agieren. Sie weist in diesem Zusammenhang alle secessionistischen Ansinnen der albanischen Volksgruppe in FYROM/Mazedonien zurück und betont immer wieder die territoriale Integrität von FYROM/Mazedonien. Andererseits ist sie aufgrund der fast nicht vorhandenen staatlichen Ordnungsmacht nicht im Stande, den Waffenschmuggel der UCK in den westmazedonischen Raum zu unterbinden. Die von Sali Berisha angeführte Opposition bekennt sich zwar verbal zur territorialen Integrität des mazedonischen Staates, unterhält jedoch in dem von ihr kontrollierten Norden des Landes Basen der UCK, deren Aktivitäten sich bei einer weiteren Verschlechterung der interethnischen Beziehungen in Mazedonien auch gegen den mazedonischen Staat richten könnten.

Problematisiert wird die Konstellation auch aufgrund der extrem instabilen Situation in Albanien selbst. Da die ‚Albanische Frage‘ eine staatsübergreifende Dimension aufweist, ist eine ebenso staatsübergreifende Sichtweise erforderlich. Man kann von einer hohen Korrelation zwischen innerstaatlichen Konflikten, ihrer Regionaldimension und ihren unmittelbaren Auswirkungen ausgehen. Überlagert wird die unmittelbare Dimension durch eine sogenannte mittelbare Dimension, d.h. in die Beurteilung sind auch Aktionen und Reaktionen von Albanien, Griechenland, Bulgarien und der Türkei miteinzubeziehen. Damit erlangt FYROM/Mazedonien den Status einer regionalen Sicherheitsgröße, deren Dimension auch für die europäische Sicherheitspolitik von hoher Relevanz sein wird.

5.3.2.3 FYROM im regionalen Kontext

Drei Nachbarstaaten sind im Zusammenhang mit der Entwicklung Mazedoniens seit der Sezession 1991 als besonders relevant anzuführen:

Griechenland, weil in der Beziehung der beiden Staaten mehrere Streitpotentiale existieren, die im Namensstreit kulminierten.

Bulgarien, weil es FYROM als Staat, aber nicht als separate mazedonische Nation anerkannte.

Die **Türkei**, weil diese als traditioneller Gegenspieler zu Griechenland aus diesen Spannungen Nutzen ziehen wollte und auch gezogen hat.

Griechenland

Während die dritte Auflage der sogenannten ‚Makedonischen Frage‘ die Weltöffentlichkeit nur 1992 wirklich fesseln konnte, wurde sie von Ende 1991 bis 1995 zu einem Fixpunkt für die griechische Innen- und Außenpolitik. Die Vermischung dieser beiden Ebenen, eine starke Nationalisierung und Emotionalisierung führte zu einer gefährlichen Eskalation.

Die Beziehungen zu FYROM/Mazedonien waren besonders in der unmittelbaren Phase nach der Unabhängigkeitserklärung von 1991 stark angespannt. Man kann aus heutiger Sicht sagen, daß es sich um ein ausgeprägtes Krisenpotential mit durchaus hoher Realisierungsmöglichkeit handelte. Die Gründe dafür waren vielfältig und auch komplex.

Das heutige Griechentum und das nationale Selbstbewußtsein sind stark durch das Bild der Griechen in der Antike und durch die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert geprägt. Beginnt eine junge Nation wie eben Mazedonien auf das sogenannte ‚antike, nationalgriechische Erbe‘ zu rekurrieren oder gar offen zurückzugreifen, so fühlen sich die Griechen in ihrer nationalen Identität attackiert und in Frage gestellt. Kombiniert man die Grundproblematik mit der griechischen Sicht ihrer Nachbarvölker, so erhält die Problematik eine zusätzlich verschärfende Dimension.

Die territoriale Neuordnung nach dem Zerfall Jugoslawiens und das Aufkommen neuer Staaten wie eben Mazedonien wurde von den Griechen als Bedrohung für ihre territoriale Integrität gewertet. Das dritte Wiederaufleben der ‚Mazedonischen Frage‘ führte in Griechenland zu einer Alarmstimmung, die aufgrund der Regierungspolitik in ‚nationale Panik‘ umschlug. Mazedonien wurde innenpolitisch instrumentalisiert und zur nationalen Frage hochstilisiert. Griechische Politiker trugen ‚ihr mazedonisches Anliegen‘ in Gremien der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Als ang 1992 die Türkei und Bulgarien Mazedonien anerkannten, lebten in Griechenland wieder alte Ängste und Feindbilder auf. Aufgrund der Unabhängigkeit von FYROM/Mazedonien fiel für Griechenland die territoriale Nachbarschaft mit dem traditionellen Alliierten Serbien weg. Griechenland sah in Serbien über Jahre hinweg einen Garanten für das regionale Gleichgewicht und die regionale Stabilität.

Letztlich kam es im Mai 1992 nach (EG-) EU-Vermittlungen dann doch zu einer akzeptablen Lösung in der sogenannten ‚Namensfrage‘. Die Atempause war nur von kurzer Dauer. Als im August 1992 Rußland Mazedonien anerkannte, vermutete man in Griechenland ein Aufleben panslawistischer Gedanken. Wenige Wochen danach wurde der Stern von Vergina zum Streitobjekt zwischen den beiden Staaten. Griechenland erntete zu diesem Zeitpunkt nur mehr wenig internationales Verständnis für seine Position. Es war offenbar, daß man nur sehr zögerlich begreifen konnte und wollte, daß die Außenpolitik auch einem Wandel unterworfen ist und nicht allein auf historische Reminiszenzen und einer ‚Überhistorisierung‘ aufbaubar ist.

1993 verließ der Namensstreit die europäische Ebene. Das UN-Aufnahmeansuchen FYROM/Mazedoniens vom Juli 1992 wurde im April 1993 gebilligt. Mazedonien wurde unter dem Namen ‚Former Yugoslav Republic of Macedonia‘ aufgenommen. Die Lösung ‚FYROM/Mazedonien‘ wird vor allem von Griechenland als Garant für ein Kleinbleiben und für eine regionale Fragmentierung gesehen.

In der griechischen Innenpolitik blieb die ‚Mazedonische Frage‘ nach wie vor Diskussionspunkt. Selbst ein Regierungswechsel von Mitsotakis zu Papandreou brachte nur eine kurzfristige Entspannung. Im Februar 1994 verhängte Griechenland ein Handelsembargo über FYROM/Mazedonien. Kurz zuvor hatte die USA den jungen Staat anerkannt. Griechenland wurde durch das Embargo immer mehr international isoliert. Auch innenpolitisch begann man die Haltung immer mehr in Frage zu stellen. So war die Aufhebung des Embargos im September 1995 eine geradezu ‚logische Folge‘ des internationalen Drucks.

Die Beziehungen haben sich in den letzten beiden Jahren doch deutlich und scheinbar auch nachhaltig verbessert. Dafür waren auch wirtschaftliche Überlegungen ausschlaggebend. Heute gilt Griechenland als einer der wichtigsten Investoren in FYROM/Mazedonien. Das bilaterale Abkommen aus 1995 machte für FYROM/Mazedonien den Weg frei für Mitgliedschaften im Europarat, der OSZE und im NATO-Programm PfP.

Türkei

Die Türkei hat als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit von FYROM/Mazedonien anerkannt (Februar 1992) und auch für die territoriale Integrität plädiert. Die guten Beziehungen zur Türkei galten für FYROM/Mazedonien am Höhepunkt der Spannungen mit Griechenland und Serbien als Gegengewicht zu diesen beiden Staaten, um die Isolation zu durchbrechen (vor allem im Wirtschafts- und Sicherheitsbereich). Zwischen FYROM/Mazedonien und der Türkei besteht eine Reihe von Abkommen, z.B. ein Verteidigungsabkommen und eines zur Etablierung eines Sozialversicherungssystems. Weitere Vereinbarungen sind vorgesehen und sollen die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten stärken. Die türkische Minderheit in FYROM/Mazedonien und eine gewisse Gegenposition zu Griechenland garantieren quasi ein bevorzugtes Verhältnis zwischen den beiden Staaten.

Bulgarien

Bulgarien war im Januar 1992 der erste Staat, der FYROM/Mazedonien als Staat aber nicht als separate mazedonische Nation anerkannte. Differenzen über die mazedonische Sprache sind nach wie vor nicht ausgeräumt und bilden immer wieder ein Krisenpotential. Im Gegensatz zu Serbien und Griechenland setzte Bulgarien jedoch in der bisherigen Entwicklung des mazedonischen Staates keine aggressiven Akte gegenüber FYROM/Mazedonien und war um korrekte nachbarschaftliche Beziehungen bemüht.

Die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft

Die internationale Staatengemeinschaft, die seit dem Abschluß des Friedensvertrages von Dayton/Paris im Jahre 1995 als wichtigste Zielsetzung im südslawisch-albanischen Raum neuerliche gewaltsame Grenzänderungen verhindern will, ist vor allem bemüht, ein Übergreifen der Kampfhandlungen aus dem Kosovo nach Mazedonien abzuwenden. Im Sinne der Anwendung einer präventiven Strategie zur Stabilisierung von FYROM/Mazedonien wurden deshalb schon im Jahre 1993 an der mazedonisch-albanischen und mazedonisch-serbischen Grenze UNO-Soldaten aus der USA, Skandinavien und Indonesien (United Nations Preventive Deployment Force, UNPREDEP) stationiert, deren Mandat zuletzt am 21. 7. 1998 vom UNO-Sicherheitsrat aufgrund der Konfliktenwicklung im Kosovo bis Ende Februar 1999 verlängert wurde.

Neben der UNPREDEP-Mission wird vor allem durch die verstärkte Einbindung Mazedoniens in die wirtschaftlichen und militärischen Integrationsprozesse Europas versucht, zur Stabilisierung dieses Staates beizutragen. So wurde neben Slowenien bislang nur FYROM/Mazedonien aus dem Kreis der Nachfolgestaaten der ehemaligen SFRJ – trotz des Umstandes, daß sich seine Streitkräfte erst im Aufbau befinden – die Möglichkeit gegeben, dem NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden beizutreten (November 1995). Weiters konnten bislang auch nur Slowenien und FYROM ein Kooperationsabkommen mit der EU abschließen (Mazedonien Ende April 1997).

5.3.3 Zusammenfassende Bemerkungen

Wie in den meisten anderen Nachfolgestaaten der SFRJ wird auch im jungen mazedonischen Staat der Bereich der Macht- und Ordnungspolitik seit dem Jahre 1991 von interethnischen Konflikten und in etwas geringerem Maße von parteipolitischer Polarisierung determiniert. Wenngleich es der sozialistisch dominierten Regierung in der Phase von 1991 bis 1998 durch eine relativ erfolgreiche Politik der Einbindung in europäische und internationale Strukturen sowie durch eine für eine ex-jugoslawische Republik sehr besonnene Minderheitenpolitik gelang, diese Konfliktfaktoren etwas zu entschärfen, stellen sie auch weiterhin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Stabilität des mazedonischen Staates dar. Die hohe Vernetzung innerstaatlicher Konflikte mit regionalen Konfliktherden ("Albanische Frage") sowie die sensible geopolitische Lage des mazedonischen Staates in bezug auf das durch Antagonismen geprägte staatliche Umfeld (Serbien), (Albanien, Griechenland/Türkei) ordnen Mazedonien trotz seiner Kleinheit den Status einer regionalen Sicherheitsgröße zu, deren Destabilisierung weitreichende negative Folgen für die Stabilität des gesamten Raumes hätte.

5.4 Krisenpotential Ökonomie

Es wurde von folgenden Krisenpotentialen ausgegangen:

- Wissenspoolung führt zu einer Machtkonzentration in den Händen von relativ wenigen Personen: In FYROM/Mazedonien zeigt sich dies im schwach entwickelten Geld-, Finanz- und Bankenbereich, die Schlüsselbereiche jeder Wirtschaft sind; sie sind schwach entwickelt und damit ist – wie auch in anderen MOE-Staaten – kriminellen Aktivitäten Tür und Tor geöffnet.
- Wissen als Wettbewerbsfaktor im negativen Sinn: Das ‚Sorting Out‘ zeigte sich in der Privatisierung, die als ‚Management buy out‘ angelegt war und eigentlich keine echte Privatisierung, sondern vielmehr eine Legalisierung bestehender Zustände im Sinne der Selbstverwaltung darstellt. Zudem ist die gesamte Wirtschaft vergleichsweise unterentwickelt und strukturell schwach. Moderne Technologien werden kaum angewandt, da das erforderliche Wissen fehlt und notwendige Investitionen mangels Kapital nicht getätigt werden können. Nur wenige Unternehmen verfügen über die finanziellen Möglichkeiten gekoppelt mit dem erforderlichen Know-how.
- Wissen als Basis für die Entstehung neuer Bedrohungspotentiale: Dies zeigt sich im ‚finanziellen Abenteuerum‘, im vagabundierenden Kapital, im Aufkommen sogenannter Transformationsgewinnler, der sich vermehrenden Korruption und Bestechung, um am großen Kuchen mitnaschen zu können. Daraus resultieren Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Politik und Wirtschaft, die dem Gesamtsystem zum Nachteil gereichen können.

5.4.1 Die Ausgangsbasis für den Status-quo

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen für den neu gegründeten Staat waren alles andere denn hoffnungsvoll. Bereits Mitte der achtziger Jahre glitt Jugoslawien in eine nachhaltige Rezession. FYROM/Mazedonien galt als die

ärmste Teilrepublik im Verbund des früheren Jugoslawien. Die sich verzögernde internationale Anerkennung, innenpolitische Spannungen und markante institutionelle Schwächen waren nicht unbedingt eine gute Ausgangsbasis für die Einführung der notwendigen Reformen auf dem Weg zur Marktwirtschaft.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Staates ist mit 26. April 1992 anzusetzen. Ab diesem Zeitpunkt hatte man eine eigene Währung. Davor waren wirtschaftspolitische Aktivitäten nur sehr eingeschränkt möglich, da die Mehrzahl der Entscheidungen nach wie vor von Belgrad getroffen wurde.

Dementsprechend ist die Zeit seit 1991 durch zwei Krisen charakterisierbar. Einerseits gab es bis 1995 die sogenannte ‚Sezessionskrise‘, die andererseits danach von einer ‚Transformationskrise‘ abgelöst wurde. Diese beiden Krisen wurden durch das ‚doppelte Embargo‘ (einerseits international gegenüber Jugoslawien und andererseits durch Griechenland gegenüber FYROM/Mazedonien) deutlich verschärft.

Das 1994 eingeführte Stabilisierungsprogramm auf Empfehlung des ‚International Monetary Fund‘ (IMF) zeigte 1996 bereits merkbar positive Anzeichen und brachte eine gewisse Erholung der Wirtschaft.

Es gab vier Hauptgründe für die angesprochene Probleme (besonders zwischen 1991 und 1993), die in ihren Konsequenzen auch noch gegenwärtig wirksam sind:

1. Hohe Kosten für die Selbständigkeit, da schlagartig der jugoslawische Markt wegfiel, der 70% des mazedonischen Handels abdeckte.
2. Die de facto geschlossene Wirtschaft nach der Selbständigkeit aufgrund diverser Embargos.
3. Die interne Instabilität, insb. der Übergang zu demokratischen Verhältnissen, die Respektierung von Minderheits- und Menschenrechten und die Einführung einer homogenen Gesetzesbasis (Verfassung und Schaffung eines gesamten legislativen Umfeldes).
4. Die langsame Transformation aufgrund der oben angeführten internen und internationalen Problemstellungen.

Diese vier Faktoren haben die Entwicklung zwischen 1991 und 1994 maßgeblich bestimmt.

Im Jahre 1995 machte die Transformation eher Rückschritte, wenngleich sich die Regierung nach den Wahlen 1994 im Jahr 1995 zu radikaleren Maßnahmen durchringen konnte. Danach zögerte man immer wieder mit der Umsetzung von nachhaltig wirksamen Reformmaßnahmen.

5.4.2 Die wesentlichen Problembereiche

Die mazedonische Wirtschaft hatte und hat mit einer Reihe von Herausforderungen zu kämpfen, die sich typischerweise überlagern, gegenseitig verstärken bzw. abschwächen. Die nachfolgende Reihung erfolgte nicht unbedingt nach einer Priorisierung, da diese oft nicht möglich ist. Die Punkte 1 bis 6 gelten jedoch als Kernherausforderungen.

1. Ein erzwungenes Stabilisierungsprogramm: Eine erste Stabilisierung konnte erst aufgrund der Unterstützungsleistungen durch den IMF und die Weltbank erreicht werden (1994 und 1995). Diese Leistungen waren an ein rigoroses Austeritätsprogramm gebunden. Das im Jahr 1994 eingeführte Stabilisierungsprogramm (im Mittelpunkt desselben stehen die Bindung des mazedonischen Denars an die Deutsche Mark; Fixlöhne für Beschäftigte im öffentlichen Dienst, eine strenge Reservenpolitik und die Budgetsanierung) hatte zwar positive Effekte. Das größte Ungleichgewicht hat sich jedoch im Außensektor entwickelt. Zusätzlich zu den Exportproblemen aufgrund der Embargos stiegen das Handels- und Leistungsbilanzdefizit kontinuierlich an, da der mazedonische Denar aufgrund der DM-Bindung relativ hart und die exportierten Waren und Güter dementsprechend teuer waren. Dieses Problem konnte bis dato noch nicht in den Griff bekommen werden. Mit einem weicheren mazedonischen Denar (MKD) würde man ein schlagartiges Ansteigen der Inflation riskieren. Zudem würde die Aufgabe des Preisstabilitätszieles, das ein wesentlicher Punkt in dem vom IMF und der Weltbank geforderten und dann auch unterstützten Programm war und ist, die dringend erforderliche internationale Hilfe gefährden. Andererseits könnte ein weicherer Denar die Flucht in die Währung bremsen und den Privatkonsum und die Investitionen anregen.
2. Geldpolitik: Die Geldpolitik entwickelte sich zu einem Mehrfachhindernis. Die Zinssätze (quer durch die Laufzeiten) sind nach wie vor relativ hoch. Es liegt eine Geldunterversorgung der Wirtschaft vor. Im Juli 1997 hatte man aufgrund dieses Dilemmas den Denar abgewertet (um 16%), um eine gewisse Erleichterung zu verschaffen. Zudem wurde ein Paket an kurzfristig wirksamen Maßnahmen verabschiedet und umgesetzt. Dennoch blieb aufgrund der fixen Wechselkurspolitik das Dilemma in der Geldpolitik.
3. Arbeitsmarkt und Investitionsdefizite: Dieses Dilemma wird durch die Situation am Arbeitsmarkt unterstrichen. Die Arbeitslosenrate ist seit Jahren konstant hoch und wächst noch weiter an (1990 lag die Quote bei 23,4% der Erwerbstätigen; 1997 mußte ein Anstieg auf 32,2% verzeichnet werden - allerdings wird nicht nach Altersgruppen unterschieden). Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist beängstigend hoch, wenngleich konkrete Zahlen mangels Erhebung fehlen. Die Unternehmen sind aufgrund der hohen

Zinssätze und der wenig profitablen Wirtschaft schwer unter Druck. Die Investitionen sind zu gering. Es werden viel zu wenig Arbeitsplätze mit einer entsprechend hohen Wertschöpfung geschaffen. (Dies äußert sich auch in der Entwicklung des BIP, das erst seit 1996 mit knapp 1% gegenüber dem Vorjahr steigt.) Die Situation kann als Potential für soziale Spannungen und nachfolgende Konflikte gelten, wenn nicht rasche und nachhaltige Änderungen gelingen.

4. Wenngleich die Inflationsrate dank eines harten Stabilisierungsprogrammes massiv gedrückt werden konnte (von über 600% im Jahr 1990 auf etwas mehr als 4% im Jahr 1997) und das Budgetdefizit vergleichsweise moderat ist (1996 lag es bei 652 Mio. MKD; 1997 konnte sogar ein Überschuß von 2,4 Mrd. MKD erwirtschaftet werden), konnte die mazedonische Wirtschaft bislang nicht die erforderlichen ausländischen Direktinvestitionen anziehen, die eine nachhaltige Verbesserung der Gesamtsituation mit sich bringen würden. Dies deutet darauf hin, daß die insgesamt instabile Lage am südlichen Balkan, insb. die Entwicklung im Kosovo im letzten halben Jahr, potentielle Investoren abhielt. Insgesamt haben internationale Finanzinstitutionen deutlich mehr Hilfe gewährt (auch die European Bank for Reconstruction and Development, EBRD, und EU) als private Investitionen getätigt wurden. Die Privatisierung der Stopanska Banka (größte mazedonische Geschäftsbank) und der mazedonischen Telekom sollten 1998 zusätzliches Auslandskapital bringen. Damit könnte eine Verbesserung der Kapitalverkehrsbilanz erreicht werden, wobei weniger Auslandskredite und mehr ausländische Beteiligungen angestrebt werden.
5. ‚Management-Buy-Out‘ statt gewachsener Privatisierung: Die Privatisierung wurde 1995 gestartet und im Jahr 1996 deutlich intensiviert. Auch 1997 lagen passable Werte vor. Wie in allen MOE-Staaten hat gerade sie sich als problematisch erwiesen. Vieles ging quasi über Nacht. Es fehlten eine gewachsene Privatisierungskultur und das Verständnis für die individuellen Belastungen und Verantwortungen, die man mit dem Privatisierungsschritt übernimmt. Zudem war – auch nichts Besonderes – der erforderliche Rechtsrahmen nur marginal gegeben (dieser wurde erst langsam 1997 und 1998 geschaffen). Dem ‚Abenteurertum‘ war Tür und Tor geöffnet. Es tauchten immer wieder Korruptions- und Schiebungserüchte auf. In FYROM/Mazedonien wurde vor allem das Management-Buy-Out forciert. Dies erfordert nur einen geringen Eigenkapitalstock. Mitarbeiter des Unternehmens werden somit selbst zu Unternehmern. Der Erfolg dieser ‚Insider-Privatisierung‘ ist sehr wechselhaft. In vielen Fällen kann von einem Etikettenschwindel ausgegangen werden bzw. von einer Legalisierung des schon zur Zeit der Existenz von Jugoslawien üblichen Selbstmanagements. Eine klassische Privatisierung mit dem Handel von Anteilen an Unternehmen bzw. gesamten Unternehmen steckt noch in den Kinderschuhen. Der anspruchsvolle Prozeß der Privatisierung im westlichen Verständnis wurde immer wieder aufgeschoben und hinausgezögert.
6. Der Finanzsektor ist stark unterentwickelt. Der Bankenmarkt gilt nach wie vor als zu konzentriert (4-5 der 20 vorhandenen Banken haben eine beherrschende Marktposition), unterkapitalisiert und steht zudem unter starkem Druck der Wirtschaft, die sich nur sehr langsam in Richtung nachhaltiges Wachstum und Gesundung fortbewegt. Die Börse in Skopje hat am 28. März 1996 eröffnet. Ihre 19 Mitglieder sind Banken, Versicherungen und Sparinstitute. Es gibt zwei offizielle Märkte und einen inoffiziellen Markt. Die Börse gilt mangels Tradition in diesem Geschäft und aufgrund des allgemein geringen Investitionsinteresses als wenig attraktiv. Dies ist nicht unbedingt untypisch für einen MOE-Staat. Das Faktum wird durch die unsichere innenpolitische Lage und die regionale Unsicherheit noch verstärkt.
7. Das BIP/Kopf in US-\$ lag 1997 bei 1.647 US-\$ und kann auch nicht gerade als Impulsgeber für die mazedonische Wirtschaft gesehen werden. Die Entwicklung ist recht sprunghaft, es ist aber in den Jahren 1996 und 1997 ein sichtbarer Abwärtstrend feststellbar.
8. Die Abhängigkeit am Energiesektor, besonders von Öl- und Gasimporten ist verhältnismäßig hoch. Daraus resultieren eine erhöhte Bindung an internationale Märkte und eine zusätzliche Verwundbarkeit der mazedonischen Wirtschaft.
9. Die Abhängigkeit von Importen von Maschinen und Teilen dafür (daraus resultiert ein anhaltendes Handelsbilanzdefizit) zeigt, daß auch hier ein relativ großes Know-how-Defizit besteht. Dies zeigt sich auch im de facto fehlenden Know-how bei Informationstechnologien wie Mikroelektronik, Computer und Telekommunikation. Gerade diese Sparten gelten aber international als Wachstumsbranchen.
10. Problematisch ist auch die Vermögensteilung aufgrund des Zerfalls der SFRJ zu sehen. Hier ist die künftige Entwicklung noch unklar, umfaßt doch dieser Vorgang nicht nur das Staatsvermögen, sondern auch die Staatsschulden.
11. Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawien hat FYROM/Mazedonien insofern betroffen, als der Binnenmarkt wegfiel. Verstärkt wurde die Problematik durch das lange Zeit anhaltende internationale Embargo gegenüber Serbien und Montenegro. Die Liberalisierung des Außenhandels war lange Zeit aufgrund der Sanktionen gegenüber Jugoslawien und des griechischen Embargos de facto unmöglich. Damit war eine Vielzahl an Einkommensquellen verschlossen und mußte nach der Aufhebung der Embargos mühsam wiederbelebt werden. Wenngleich sich die internationale Situation doch beruhigt hat, leidet

FYROM/Mazedonien am Faktum, daß diesen beiden Handelspartnern das finanzielle Potential für größere Geschäftstransaktionen fehlt. Sie repräsentieren aufgrund der eigenen Probleme keinesfalls die erforderlichen Investitionspartner, die FYROM/Mazedonien dringend benötigen würde. Die Handelsbilanz ist seit 1990 kontinuierlich durch ein Defizit von ca. 500 Mio. US-\$ gekennzeichnet.

12. Die Binnenlage hat zur Abhängigkeit von Griechenland im Zugang zum Meer (vor allem über den Hafen Thessaloniki) geführt und ist eine der Achillesfersen der mazedonischen Wirtschaft. Bislang konnte man noch keinen Weg aus dem strategischen Wettbewerbsnachteil auf internationaler Ebene finden. Der Ausbau einer Bahnverbindung bzw. von Straßen nach Bulgarien (und damit die Eröffnung eines Zuganges zum Schwarzen Meer) scheiterte bislang am fehlenden Investitionsvermögen. Das notwendige Volumen müßte über ein internationales Finanzierungskonsortium aufgebracht werden und erforderte von den Beteiligten doch ein gewisses Maß an Risikobereitschaft. Dies ist aber zumindest zur Zeit noch nicht vorhanden. Das mazedonische Investitionspotential ist für ein derartiges Infrastrukturprojekt nicht ausreichend.
13. Das im Juni 1996 unterzeichnete Kooperationsabkommen mit der EU, das am 1. 1. 1998 in Kraft trat, zeigt naturgemäß noch keine bedeutenden Konsequenzen und Erleichterungen für die mazedonische Wirtschaft. Wenngleich der Markteintritt für mazedonische Güter und Dienstleistungen erleichtert möglich sein wird, darf ein derartiges Abkommen nicht als ‚Einbahnstraße‘ betrachtet werden. Wie schwierig die Umsetzung ist, zeigt sich beispielsweise an der Türkei. Dennoch ist das Kooperationsabkommen als Zeichen für die Bereitschaft und den Willen FYROM/Mazedoniens zu werten, sich den westlichen Märkten anzuschließen. Zudem ist eine gewisse wirtschaftspsychologische Wirkung nicht zu unterschätzen. Auch das Freihandelsabkommen zwischen FYROM/Mazedonien und Jugoslawien (aus September 1996), das eine beträchtliche Senkung der Zölle (auf nur mehr 1% Zoll für die meisten Güter) und eine Quotenreduktion vorsieht, wird erst in den kommenden Jahren seine volle positive Wirkung entfalten können. Man hat vor, ähnliche Freihandelsabkommen mit anderen Nachbarstaaten abzuschließen.

5.4.3 Eine Status-quo-Analyse der Wirtschaftsstruktur: Mehr ein Hindernis denn eine gute Basis für ein nachhaltiges Wachstum?

Analysiert man das strukturelle Wirtschaftsgefüge, so ist eine Dominanz des primären und sekundären Sektors feststellbar. Der tertiäre Sektor – jener Bereich mit den besten Zukunftschancen im internationalen Wettbewerb – war änglich mehr oder weniger nicht existent. Dieses Faktum war aber nicht untypisch für die Wirtschaftsstruktur eines ehemaligen MOE-Staates. FYROM/Mazedonien ist also kein Ausreißer im ‚Verband der Transformationsstaaten‘.

Die Entwicklung in Richtung internationale Wettbewerbsfähigkeit geht aufgrund der zahlreichen Embargos langsamer und gradueller vor sich als beispielsweise in der Tschechischen Republik, in der Slowakei oder in Ungarn. Dank der 1994 und 1995 verstärk angelaufenen internationalen Hilfe durch die Weltbank und die EBRD ist aber ein Aufwärtstrend – wenngleich mit der notwendigen Zeitverzögerung – feststellbar.

Die Sektoranalyse ergibt folgendes Bild:

Bergbau und Industrie machen einen Anteil von knapp 30% am BIP aus und beschäftigen ebensoviele Arbeitskräfte. Dies bedeutet einen Rückgang um fast 10% seit 1991. Die wichtigsten Branchen sind die Textilproduktion, Bekleidungs- und Schuhindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Erzeugung von Tabak, die chemische Industrie sowie die Bereiche Metallurgie, Bergbau, Elektroindustrie, Metallbearbeitung und Maschinenbau. Vor allem die Bereiche Bekleidung, Textilerzeugung und die Schuhindustrie weisen im internationalen Vergleich ein sehr niedriges Lohnniveau auf und können auch auf internationale Kooperationen (vor allem als Lohnproduzenten) verweisen. Im Grundnahrungsmittelbereich und im Energiesektor ist man aufgrund der landwirtschaftlichen Kapazitäten und der Kohlengruben weitgehend autark. FYROM/Mazedonien ist primär ein typisches Transitland. Ein nicht unbedeutender Beitrag zum BIP rekrutiert sich aus jenen Beträgen, die Mazedonier aus Deutschland überweisen.

Beachtenswert ist die Entwicklung des Landwirtschaftssektors, der von knapp 18% im Jahr 1991 auf knapp 22% angestiegen ist. Dieses Phänomen ist dadurch erklärbar, daß man sich mehr auf traditionelle Bereiche verläßt und existentielle Bedürfnisse damit befriedigen kann. Diese Entwicklung ist phasentypisch für Transformationsstaaten, jedoch darf nicht übersehen werden, daß dies nur eine kurzfristige Erleichterung für den Arbeitsmarkt bedeuten kann.

Die Bereiche Handel und Dienstleistungen liegen bei etwa 25% des BIP. Die Wertschöpfung aus den beiden Sektoren ist aber zu gering, um als echter Motor für die Wirtschaft fungieren zu können.

Der Fremdenverkehr, die Bauwirtschaft und die Transportwirtschaft leiden unter der Instabilität in der Region und im Staat. FYROM/Mazedonien ist kein attraktives Urlaubsland für ausländische Gäste. Der inländische Tourismus reicht nicht aus, um die Defizite zu kompensieren. Die Bauwirtschaft ist nicht sehr aktiv, da aufgrund der allgemeinen Unsicherheit das Investitionsrisiko zu hoch ist und es auch kaum Kredite für Hausbauten gibt.

5.4.4 Zusammenfassende Bemerkungen

Der nach wie vor relativ instabile innenpolitische Rahmen kombiniert mit ungelösten Problemstellungen in den Nachbarstaaten (inklusive einer mehr oder weniger starken Involvierung FYROM/Mazedoniens) macht die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft schwierig und läßt nur relativ kleine Schritte zu. FYROM/Mazedonien weist seit 1995 aber durchaus ‚normale‘ Entwicklungen auf, wie dies ein Vergleich mit anderen MOE-Staaten belegt. Strukturelle Änderungen sind aufgrund einer gewissen Systemträgheit und einer Vielzahl an Schlupflöchern nur langsam umzusetzen. Das Stabilisierungsprogramm, das dem Standard des IMF entspricht und nur wenig auf staatliche Besonderheiten eingeht, hat sich trotz aller Kritikpunkte als hilfreiche temporäre Spange erwiesen.

Beachtenswert ist aber das Faktum der nachhaltig hohen Arbeitslosigkeit – vor allem bei Jugendlichen, die unzweifelhaft ein starkes soziales Sprengpotential beinhaltet. Sollte es dabei zu einer Kombination mit nationalistischen Ideen oder interethnischen Konflikten kommen, so könnte sich dies zu einem Krisenpotential ungeahnten Ausmaßes entwickeln.

Die wirtschaftliche Gesundung FYROM/Mazedoniens bzw. das Schaffen der Transformation wird daher auch von der innenpolitischen Stabilität, der Glaubwürdigkeit der Regierung und ihrer Politik und der Bewältigung interethnischer Spannungen abhängen.

5.5 Krisenpotential Militär

Ausgangsbasis waren folgende Krisenpotentiale:

- **Militärpotential (Änderung Personalstärke, Änderung Rüstungsbereich, Dislokation, Ausbildung):** Nach änglichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung der neuen Armee der Republik Mazedonien (ARM) scheint vor allem in den Jahren 1997/98 eine massive Verbesserung im Rüstungsbereich eingetreten zu sein, während die Personalressourcen unter den Prognosen bleiben,
- **Rolle der Armee (wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich):** Die Armee wurde im Laufe der Beobachtungsperiode wirtschaftlich aufgewertet. Die politische Rolle der Armee ist verfassungsmäßig genau verankert, de facto aber kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die mazedonische Armee aufgrund der personellen und materiellen Stärke ihrem Auftrag nur in äußerst beschränktem Umfang nachkommen kann. Die Allgemeinproblematik wird intern durch die disproportionale Aufteilung von höheren Offiziersrängen zwischen der albanischen Minderheit und den Slawo-Mazedoniern überlagert. Die Albaner sind im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich unterrepräsentiert.
- **Kooperationspolitik (bilateral, multilateral):** Die massive Bündnispolitik der Regierung und die Mitwirkung in einem neu kreierten Kriseninstrumentarium bestätigen den Stabilitätskurs Mazedoniens, aber auch das Interesse der Staatengemeinschaft an einer Beruhigung dieser Zone.

5.5.1 Eingangsbemerkung

Die gewaltfreie Abspaltung Mazedoniens von Jugoslawien im Jahre 1991 äußerte sich im militärischen Bereich durch den Abzug der Jugoslawischen Volksarmee (JVA, 26. 2. 1992) unter Mitnahme fast des gesamten wesentlichen Kriegsgüter. Die wenigen verbliebenen Geräte und Anlagen kamen zwar unter vollständige Kontrolle Mazedoniens, allerdings handelte es sich dabei um veraltete Waffensysteme, oder die Anlagen waren noch vor der Übergabe zerstört worden. Die politische Führung hatte daher de facto eine neue Armee, die ‚Armee der Republik Mazedonien‘ (ARM), aufzubauen.

Im Rahmen der ehemaligen Territorialarmee waren bis dahin etwa 20.000 Soldaten als Angehörige des dritten Militärdistrikts mit Kommando in Skopje stationiert gewesen. Diese Größenordnung sollte den Rahmen für die neue Armee darstellen, auch wenn anges noch von 25.000 bis 30.000 Mann die Rede gewesen war. Die Organisation basiert weiter auf dem Territorialprinzip mit Unterteilung in drei Korps. Als zusätzliche Komponente wurde eine Reserve in der Größenordnung von 100.000 Mann veranschlagt.

5.5.2 Militärpotential

5.5.2.1 Personal

Nach Reduktion der ursprünglichen Vorstellung der Friedensstärke auf 20.000 Mann Sollstand kann bisher von einem kontinuierlichen Aufbau ausgegangen werden. So erhöhte sich der Stand 1995 von 10.400 Soldaten auf 15.400 im Zeitraum 1997/98, das Erreichen des Friedenssolls erscheint allerdings insgesamt fraglich. Die Wehrpflicht in der Dauer von neun Monaten ist unverändert in Kraft, allerdings entspricht das Aufkommen nicht den Planungen (aktuell rücken statt geplanter 14.500 nur 10.000 Wehrpflichtige jährlich ein). Dies könnte zu einer Reduktion des Präsenzsolls bei gleichzeitiger Erhöhung des Kaderanteiles führen (Stichwort ‚Professionalisierung‘).

Ein erster Realisierungsprozeß hat Angaben des Verteidigungsministeriums zufolge bereits bei den Grenzeinheiten und zwei Bataillonen eingesetzt.

Gestaffelte Einrückungstermine (im Drei-Monats-Rhythmus) reduzieren die Stärke real verfügbarer, ausgebildeter und zusammengespielter Kräfte auf etwa 3.000 Mann. Dies entspricht der Größenordnung einer verminderten Brigade.

Obwohl sich die Armee noch im Aufwuchs befindet, kann offiziellen Angaben zufolge bereits derzeit die geplante Mobilmachungsstärke von 100.000 Mann übertroffen werden. Ob allerdings für eine Armee dieser Größe auch die entsprechende Ausrüstung und Ausstattung existiert erscheint fraglich.

5.5.2.2 Material

Die äußerst mangelhafte Ausstattung und Ausrüstung der Armee bildete bis ang 1998 ein wesentliches Kennzeichen. War in der angphase des Aufbaus das über Jugoslawien verhängte und Mazedonien einschließende Handelsembargo mit ein wesentlicher Grund, dürfte in weiterer Folge vor allem die wirtschaftliche Schwäche den Hauptaspekt fehlender Beschaffungen bedeuten.

Allerdings gelang es, den Bestand an artilleristischen Unterstützungswaffen deutlich anzuheben. So verfügt die Armee der Republik Mazedonien derzeit bereits über 400 gezogene Artilleriegeschütze (76 mm Kaliber-Kanonen einschließlich 14 Stk 105 mm aus US-Fertigung), Mehrfachraketenwerfer, 1.200 Granatwerfer und Panzerabwehrwaffen. Eine weitere Verstärkung bedeuten die zehn BRDM-2 Radaufklärungspanzer.

Besonders 1998 unternahm Mazedonien massive Anstrengungen, den Waffenbestand zu verbessern. So erwarb die Regierung im Frühjahr 12 Stück der modernen russischen Radschützenpanzer BTR-80 von Kasachstan. Weiters wurde im August ein umfangreiches Abkommen mit Deutschland abgeschlossen. Dieses umfaßt die Lieferung von 60 Stück BTR-70 (Vorgängermodell des BTR-80) sowie Munition verschiedensten Kalibers (es handelt sich dabei um Restbestände der Volksarmee der ehemaligen DDR in vermutlich sehr gutem Zustand). Zudem wurde auch der Ankauf moderner Kampfpanzer (10 Stück Leopard 2), Hubschrauber sowie elektronischer Ausrüstung erörtert.

Auch Frankreich erklärte sich bereit, Mazedonien bei der Modernisierung seiner Abwehrsysteme zu unterstützen. Art und Umfang dieser Hilfe sind allerdings noch nicht bekannt. Daneben hat Italien angekündigt, daß es Mazedonien eine bestimmte Anzahl an Mannschaftstransportpanzern (amerikanische M 113) überlassen werde, während die Niederlande LKW und Ausrüstung für Fallschirmjäger zur Verfügung stellen will.

Die Luftwaffe besteht weiterhin lediglich aus wenigen Flächenflugzeugen und Hubschraubern, die bestenfalls Überwachungs-, Verbindungs- und Transportaufgaben wahrnehmen können.

Der Vergleich mit Staaten ähnlicher Größenordnung, die ebenfalls einen Transformationsprozeß durchlaufen, zeigt, daß die personelle Stärke deutlich über den Größen Sloweniens (9.550/53.000) bzw. Lettlands (4.500/16.600) liegt. Eine Gegenüberstellung der materiellen Komponente zeigt zwar derzeit noch ein klares Übergewicht Sloweniens (109 Kampfpanzer im Vergleich zu 4 Mazedoniens) bzw. Lettlands - dessen Schwergewicht allerdings im maritimen Bereich liegt -, nach den aktuellen Beschaffungen dürfte sich aber diese Relation bis Ende 1998 massiv zugunsten Mazedoniens verändern.

5.5.2.3 Dislokation

Der Sitz jeweils eines Korpskommandos ist in Skopje-Kumanovo, Bitola im Süden und Stip im Osten des Landes. Weiters existiert zusätzlich eine Grenzbrigade, deren Kommando sich in Titov Veles (ca. 40 km südöstlich von Skopje) befindet.

5.5.3 Die Rolle der Armee

5.5.3.1 Wirtschaftliche Rolle

Der zunehmende Stellenwert sicherheitspolitischer Aspekte wird auch im Finanzaufwand reflektiert. Das Verteidigungsbudget bewegte sich 1997 und 1998 in der Größenordnung von 2,23% bzw. 2,27% des BIP. Die ressortinterne Planung und Vorschau bis 2002 geht ebenfalls von dieser Relation aus. Dieser Prozentsatz entspricht beispielsweise dem durchschnittlichen Aufwand von NATO-Staaten.

Die Verteidigungsausgaben zeigen einen klaren Aufwärtstrend. Lagen sie 1996 bei 120 Mio. US-\$, stiegen sie 1997 auf 132 Mio. US-\$. Dies bedeutet eine Erhöhung um 10%, während das Wirtschaftswachstum nur +1,5% betrug.

5.5.3.2 Politische Rolle

Die Verfassung verankert den Oberbefehl des Präsidenten über die Armee des Landes. Ein eigener Sicherheitsrat, dem der Präsident vorsitzt, gibt dem Parlament und der Regierung in Verteidigungs- und Sicherheitsbelangen

Empfehlungen. Die Verteidigung der Republik und das Erhalten der territorialen Integrität stellen die obersten Prämissen dar.

Aufgrund der personellen und materiellen Stärke kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die mazedonische Armee diesem Auftrag nur in äußerst beschränktem Umfang nachkommen kann. Selbst die Überwachung der Grenzen, vor allem gegenüber Albanien und dem Kosovo, stellen für die Sicherheits- und Streitkräfte bereits eine teilweise Überforderung dar. Mangelnde Kapazitäten behindern, im Extremfall verhindern den Einsatz des Militärs als ordnungspolitisches Machtinstrument. Vor allem die ethnische Zusammensetzung mit den daraus resultierenden Spannungen könnte eine erhebliche Einschränkung im Einsatzspektrum bedeuten (Einsätze im Landesinneren!).

Die massiven Einkaufs- und Kooperationsabkommen des Jahres 1998 lassen auf einen steigenden Stellenwert der Sicherheits- und besonders der Verteidigungspolitik schließen. Daraus kann ein zunehmender Einfluß des Militärs auf politische Entscheidungen abgeleitet werden.

5.5.3 Gesellschaftliche Rolle

Bereits die Aufstellung der Streitkräfte war von Kritik der albanischen Ethnie begleitet. Die mangelnde Integration der Albaner in die Führungsstruktur stellte den zentralen Streitpunkt dar. Da sich das Führungspersonal aber unmittelbar aus der bisherigen JVA rekrutierte, war dies unvermeidlich. Während nämlich die Albaner 7,7% der jugoslawischen Gesamtbevölkerung stellten, war ihr Anteil mit 0,6% im Offizierskorps absolut unterrepräsentiert. In Relation zur Bevölkerungszahl stellten die Slawo-Mazedonier das Zehnfache an hohen Ranginhabern.

Dieses Manko, das sich speziell im Ausbildungsniveau manifestiert, konnte nicht über Nacht behoben werden. Trotz Zusagen an die albanische Volksgruppe ist sie weiterhin in der Führungsschicht nicht adäquat vertreten. Ihr Anteil an jährlich einberufenen Wehrpflichtigen schwankt zwischen 16 und 24%. Sie stellen aber nur 2,7% des Offizierskorps und 5,2% der Unteroffiziere.

Einen speziellen Aspekt stellt die große Diskrepanz zwischen dem prognostizierten und tatsächlichen Aufkommen an Wehrpflichtigen dar (14.500 zu 10.000). Die Ursachen dafür können verschiedenster Art sein. Sie reichen von Fehlberechnungen bis zur Dienstverweigerung. Ein erklärendes Phänomen – das auch in Jugoslawien und Albanien feststellbar ist – wäre die bewußt nachlässige Durchsetzung der Wehrpflicht.

Der mangelnden Ordnungskraft der mazedonischen Sicherheitskräfte wurde von internationaler Seite durch die präventive Stationierung einer UN-Mission (ab 10. 6. 1993 vorerst im Rahmen der UNPROFOR, ab 31. 3. 1995 als UNPREDEP) begegnet, die sich zur Zeit in einer Größenordnung von ca. 1.100 Mann bewegt. Signalwirkung hat dabei vor allem die Teilnahme eines starken amerikanischen Kontingentes. Vorrangige Aufgabe dieser Kräfte ist die Überwachung der mazedonisch-serbischen und mazedonisch-albanischen Grenze, sie fungieren gewissermaßen als Puffer. Das Mandat wurde infolge der Konfliktentwicklungen in Albanien und im Kosovo schon mehrmals verlängert (vorläufig bis Februar 1999).

Bereits seit September 1992 befindet sich eine Mission der OSZE in Mazedonien, als ‚OSZE Spillover Monitor Mission in Skopje‘ bezeichnet. Ihre Aufgabe besteht im Beobachten der Vorgänge an der Grenze zu Serbien und in anderen Gebieten, um ein Überschwappen des Konfliktes frühzeitig zu erkennen. Damit soll ein Beitrag zur politischen Stabilisierung geleistet, Friede und Sicherheit erzielt und mitgeholfen werden, einen Konflikt in dieser Region zu vermeiden.

An der Mission beteiligt sich auch die EU mit einem Team von zwei Beobachtern (European Community Monitoring Mission, ECMM), das unter der operativen Führung der OSZE agiert.

5.5.4 Kooperationspolitik

5.5.4.1 Vorbemerkung

In Anbetracht und im Bewußtsein der eigenen militärischen Schwäche versucht Mazedonien seit Erlangung der Selbständigkeit, dieses Manko durch Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen und Einbindung in Sicherheitsbündnisse wettzumachen. Zudem sieht die Führung des Landes in der Schaffung einer Zone des Friedens am Balkan die eigentliche Aufgabe und sicherheitspolitische Herausforderung für die Zukunft der Region.

5.5.4.2 Multilaterale Abkommen/Mitgliedschaften in internationalen Organisationen

- UNO: Schon am 31. 7. 1992 gab Mazedonien bekannt, daß es die Aufnahme bei den Vereinten Nationen beantragt habe. Die Aufnahme erfolgte am 8. 4. 1993 unter dem provisorischen Namen ‚Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien‘.
- OSZE: Nachdem bereits seit Jahren eine OSZE-Mission im Lande war, wurde Mazedonien am 14. 10. 1995 als Mitglied aufgenommen.
- EUROPARAT: Das Ministerkomitee des Europarates billigte am 19. 10. 1995 die Aufnahme der Ukraine als 37. und Mazedoniens als 38. Staat; sie trat mit 9. 11. 1995 in Kraft.

- EU: Im Juni 1996 unterzeichneten die EU und Mazedonien ein Kooperationsabkommen, das mit 1. 1. 1998 in Kraft trat.
- NATO: Mazedonien schloß sich am 15. 11. 1995 der NATO-Initiative Partnerschaft für den Frieden (Pff) als 27. Staat an. Diese Mitgliedschaft drückt nach Auskunft des Ministerpräsidenten und Vertragsunterzeichners, Branko Crvenkovski, den Wunsch seines Landes aus, wieder in das europäische Sicherheitssystem aufgenommen zu werden. Die gegenseitige Bedeutung für Mazedonien und das Bündnis wurde im Verlaufe der Kosovo-Krise 1998 offenbar. Das ans eher zurückhaltende Verhalten Skopjes wich mit zunehmender Eskalation einer deutlichen Pro-NATO Position. Die Regierung hat sich am 5. 10. 1998 diesbezüglich auf eine Strategie zur NATO-Integration festgelegt. Die "de facto"-Zustimmung der neuen Regierung zur Stationierung der geplanten NATO-Eingreiftruppe für den Kosovo (Extraction Force) ist Ausdruck dieser Zustimmung. Somit scheint der bisherige Kurs der Äquidistanz gegenüber den Nachbarn einer Pro-West-Orientierung zu weichen.
- FRIEDENSTRUPPE FÜR SÜDOSTEUROPA: Am 26./27. 10. 1998 wurde bei der Jahreskonferenz der Verteidigungsminister Südosteuropas die Schaffung eines multilateralen Verbandes beschlossen. Die Vertreter Albaniens, Bulgariens, Rumäniens, Mazedoniens, Griechenlands, Italiens und der Türkei einigten sich auf die Bildung einer Eingreiftruppe in der Größenordnung von 2.000 bis 3.000 Mann. Es soll sich dabei um eine leichte, schnell bewegliche Division handeln, deren Führung und Standort nach einem Rotationssystem wechseln werden. Als zentrale Aufgabe wird diesem Verband die Rolle einer "Krisenfeuerwehr" für Brandherde auf dem Balkan zgedacht. Neben der Stationierung von NATO-Kräften bedeuten die Existenz und die Teilnahme Mazedoniens an dieser Truppe für Mazedonien eine erhebliche Verbesserung seiner Position gegenüber sicherheitspolitischen Instabilitäten in der Region.

5.5.4.3 Bilaterale Abkommen

Neben der Einbindung in Sicherheitsorganisationen und multilaterale Verbände gelingt es Mazedonien zunehmend, bilaterale Abkommen und Kooperationsvereinbarungen zu treffen. So existiert ein Abkommen mit der Türkei vom 13. 4. 1995, in dem beide Seiten ihre technische und militärisch-industrielle Zusammenarbeit verbessern wollen.

Am 25. 3. 1998 hatten sich Mazedonien und Albanien auf ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit geeinigt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung, Ausbildung und gegenseitige Abstimmung bei friedenserhaltenden und humanitären Einsätzen gelegt werden. Schon vorher, am 24. 10. 1997 war ein Abkommen zur Verbesserung der Sicherheit an der gemeinsamen Grenze unterfertigt worden.

Ein Hauptpartner in den mazedonischen Beziehungen ist die USA, mit denen zwei Abkommen getroffen wurden (Status of Forces Agreement = SOFA und MINI-SOFA), welche die Beziehungen zwischen Pff-Staaten regeln. Zudem ist anzumerken, daß ein wesentliches Element der UNPREDEP von der USA gestellt wird.

Das Abkommen Mazedoniens mit Deutschland wurde bereits im Zusammenhang mit den Rüstungsvorhaben erwähnt. Zudem unterzeichneten die Verteidigungsminister der beiden Staaten bereits am 9. 4. 1997 eine Vereinbarung über Deutschlands Unterstützung beim weiteren Aufbau der mazedonischen Armee. In diesem Zusammenhang sind auch Schulungen in Deutschland vorgesehen.

Auch mit dem eher schwierigen Nachbarn Griechenland war am 25. 4. 1998 vor dem Hintergrund der Kosovo-Krise eine engere militärische Zusammenarbeit vereinbart worden.

5.5.5 Zusammenfassende Bemerkungen

Nach änglichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung der neuen Armee der Republik Mazedonien (ARM) scheint vor allem in den Jahren 1997/98 eine massive Verbesserung im Rüstungsbereich eingetreten zu sein. Diese ist im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung im Kosovo zu sehen und reflektiert das nationale und internationale Interesse, ein bisher vorhandenes sicherheitspolitisches Kräftevakuum zu beseitigen. Die operativen Kapazitäten der ARM sind jedoch trotz aller bisherigen Anstrengungen als sehr gering einzustufen.

Die massive Bündnispolitik der Regierung und die Mitwirkung in einem neu kreierte Kriseninstrumentarium bestätigen den Stabilitätskurs Mazedoniens, aber auch das Interesse der Staatengemeinschaft an einer Beruhigung dieser Zone.

Zwei große Unbekannte bleiben allerdings in der Beurteilung des Leistungsvermögens der mazedonischen Armee bestehen:

1. Wie verhalten sich die albanischen Soldaten bei Einsätzen, die den Auffassungen und Beurteilungen ihrer ethnischen Vertretung zuwiderlaufen? Eine ablehnende Haltung oder Obstruktion bis zu aktivem Widerstand könnte die gesamte bisherige Aufbauarbeit und die Einsatzbereitschaft in Frage stellen.
2. Bereits 1993 wurden ein Waffenarsenal und Pläne zur Aufstellung paramilitärischer ethnisch-albanischer Truppen aufgedeckt. Dies hatte zur Verurteilung von zwei albanisch-stämmigen Vizeministern geführt und

das Mißtrauen der Slawo-Mazedonier geschürt. Spätestens seit den Unruhen in Albanien 1997 ist bekannt, daß ein reger Waffenschmuggel aus diesem Raum nach Mazedonien erfolgt. Auch die Regierung in Skopje geht davon aus, daß nur ein bestimmter Teil für die Kosovo-Albaner bestimmt ist. Eine erhebliche Menge dieser Waffen bleibt im Lande und zwar in Händen der albanischen Ethnie. Die Existenz extremistischer Gruppierungen ist kein Geheimnis, sie stellen ein derzeit nicht abschätzbares Konflikt- und Gewaltpotential dar.

5.6 Ökologie und Technologie

Zu diesen beiden Feldern konnten keine Krisenpotentiale bzw. Signale gefunden werden. Es handelt sich in dieser Fallstudie um sogenannte ‚weiße Felder‘.

6. Die Vernetzungen/Zusammenhänge zwischen den Krisenpotentialen und die Priorisierung

Wie aus den oben vorgenommenen Beschreibungen hervorgeht, besteht zwischen den Krisenpotentialfeldern grundsätzlich ein hohes Ausmaß an Zusammenhängen und gegenseitigen Entwicklungsabhängigkeiten.

Sehr stark ist der Zusammenhang zwischen den Feldern Demographie und Macht- und Ordnungspolitik. Hier wirkt die Bevölkerungsstruktur massiv auf die Existenz der Staates per se und auf seine Stabilität und künftige Entwicklung. Wie gerade diese aussehen wird, hängt sehr stark von der Einbindung des albanisch-stämmigen Bevölkerungsteils in politische Entscheidungsprozesse ab. Auch die räumliche Aufteilung der Bevölkerungsgruppen beeinflusst den Staat in seiner Existenz nachhaltig, da die Konzentration der Albaner im Westen eine Abspaltung geographisch als "machbar" erscheinen läßt.

Der Konnex zwischen den Feldern Macht- und Ordnungspolitik und Wirtschaft ist evident stark, die positive Entwicklung beider Bereiche steht in einem engen Zusammenhang. Vor allem die nachhaltig hohe Arbeitslosigkeit – besonders unter jungen Menschen – stellt ein massives Problem dar. Dieses konnte bislang nicht in den Griff bekommen werden. Da die positive wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der Unabhängigkeit laufend durch eine Reihe von Hindernissen und systemischen Altlasten gebremst wird, ist davon auszugehen, daß sich ein nicht zu unterschätzendes soziales Krisenpotential aufgebaut hat.

7. Signale für die einzelnen Bereiche

Ausgangspunkte sind einerseits das Case Study-bezogene Krisenpotentialranking und andererseits ein bereits vorhandener generalisierter Entwurf des Signalgitters.

Ziel war es festzustellen, ob und in welcher Form Signale für künftige krisenhafte Entwicklungen, basierend auf den erfaßten Krisenpotentialen, auszumachen sind. Ausgehend vom dargelegten Krisenbegriff können Signale sowohl auf positive wie auf negative Ereignisse u./o. Prozesse hinweisen.

Signalebene	Ursachenbereich	Ausprägung bzw. Indikator	Signal in der Fallstudie
Fade Signals	Demographie	Bevölkerungsstruktur (Alterspyramide); geographische Verteilung der Bevölkerung nach Ethnien	Trennung albanische versus slawische Mazedonier
	Macht- und Ordnungspolitik	Abgespaltetheit von anderen Systemen; Grundlegende Divergenzen in Schlüsselfunktionen; Clanismus und Klientelismus	Klientelismus
	Ökonomie	Know-how-Defizite; Monokulturen in der Struktur; Mangelnde Systemerfahrung	Know-how-Defizite; Monokulturen in der Struktur; Mangelnde Systemerfahrung
	Ökologie & Technologie	Know-how-Defizite	
	Militär	Änderung der Übungshäufigkeit; Installierung neuer Systeme; Schulungen; Quotenregelung; Alternativdienst	
Weak Signal	Demographie	Überdurchschnittlicher Anstieg einer ethnischen Minderheit; Binnenmigration, Emigration / Immigration; Minderheitenschutz in der Verfassung; Urbanisierung; Verdrängungsängste der ethnischen Bevölkerungsmehrheit; geographische Ghettobildung	Albaner weisen signifikant höheres Bevölkerungswachstum auf; Migration von außen (Kosovo); Arbeitsmigration; Albaner sehen sich nicht als Minderheit; Verdrängungsängste der Slawo- Mazedonier; Beharrung derselben, das staatstragende Volk zu sein; Ghettoisierung der einzelnen Bevölkerungsteile
	Macht- und Ordnungspolitik	Multidimensionaler Dualismus in einem Staat (d.h. es existieren zwei oder mehrere Institutionen in einem Staat, die Schlüsselfunktionen parallel einnehmen und so zu einer Teilung des Staates in mehrere Kleinststaaten beitragen)	
		Unterminierung über mittelbare Instrumente	Durchsickerung des Erziehungswesens Schulwesen und Universitäten werden unterminiert, z.B. Universität Tetovo
		Unangekündigte Postenumbesetzung in Schlüsselfunktionen	
	Ökonomie	Strukturelle Defizite in Kombination mit Know-how- Defiziten	Strukturelle Defizite in Kombination mit Know-how- Defiziten – vor allem im Geld- und Bankenbereich
	Ökologie & Technologie	Ressourcenverknappung; Einschaltung internationaler Organisationen in Problemlösungen	
Militär	Waffensystemänderungen; Verstärkung existierender Anlagen/Positionen; Veränderungen im Integrationsgrad der Armee; Veränderungen in den Regelmechanismen; Befolgung der Wehrpflicht; Rekrutierungsprobleme; ethnisch-proportionale Verteilung im Offiziers- und Unteroffizierskorps; Änderungen der Aufgabenzuordnung; Aufstellung von Spezialverbänden; Änderungen bei der internen Budgetverteilung	Rekrutierungsproblem (nur 10.000 statt 15.000 Wehrpflichtige) Albaner stellen nur 2,7% bei Offizieren, 5,6% bei Unteroffizieren	
Strong Signals	Demographie	Bevölkerungswachstum	Besonders bei albanischen Mazedoniern

	Macht- und Ordnungspolitik	Instrumentalisierung von Minderheiten; permanente und persönliche Attacken zwischen Spitzenpolitikern; Presse- und Medieninstrumentalisierung; Unterdrückung von Minderheiten; Autonomiebestrebungen von Minderheiten; grenzüberschreitende Vereinigungsbewegungen; Entscheidungsschwächen der Eliten (bewußte Verzögerungen, Koordinationsschwächen)	illegale Migration aus dem Kosovo; illegaler Waffentransfer aus Albanien; Autonomiebestrebungen der Albaner; geringes Problembewußtsein der slawomazedonischen Führung
	Ökonomie	Rapide Verschlechterung der ökonomischen Rahmendaten ohne konkrete Gegenmaßnahmen der Regierung	
	Ökologie & Technologie	Konkrete Auswirkungen von Ökologie- und Technologiedefiziten auf die Bevölkerung	
	Militär	Waffensystemänderungen; Änderung des Wehrsystems; Aufmarsch im Grenzraum; Aufrüstungsprogramme; Antrag bzw. Beitritt zu Sicherheitsorganisationen; Abschlußhäufung von bilateralen Abkommen; Änderungen bei der Mittelzuteilung (BIP)	Mazedonien zunehmend in Sicherheitsstrukturen integriert
Hyper Signals	Demographie	Gezielte und politisch motivierte Zwangsumsiedelungen; Genozide; Bevölkerungsaustausch	
	Macht- und Ordnungspolitik	Dezidierte Abspaltungsankündigungen von Minderheiten, Armee- und Polizeieinsatz gegen Proteste, Minderheiten; Wahlverhinderungen; gezielte Wahlbeeinflussungen	Aktivitäten von politisch extremen Gruppen – Abspaltungsideen; Armee- und Polizeieinsatz gegen Proteste; Versuche der Wahlbeeinflussung
	Ökonomie	Einstellung von internationalen Krediten; Permanente Proteste der Bevölkerung gegen Belastungen	
	Ökologie & Technologie	Umweltkatastrophen; Zwangsumsiedelungen wegen Umweltproblemen	
	Militär	Waffensystemänderungen; Stationierung fremder Truppen im Inland; Austritt aus bilateralen Abkommen; Ausschluß bzw. Rücktritt aus internationalen Organisationen; Beschaffung von A/B/C-Systemen; Auftreten von Söldnertruppen u.ä.	UNPREDEP seit 1993

8. Stabilitätsaussagen zu FYROM/Mazedonien

8.1 Grundsätzliche Anmerkungen

Das Stabilitätsprofil gibt einen zusammenfassenden Überblick zu den Ergebnissen. Es handelt sich um eine Zeitpunktaufnahme. Durch die Aneinanderreihung mehrerer Stabilitätsprofile ergibt sich ein ‚qualitativer Stabilitätsfilm‘. Durch eine Veränderungsanalyse können die kritischen Bereiche festgestellt werden. Die Zeitmeßpunkte sind mit jenen des Krisenpotentialrankings ident. Dies hat sich im Zuge der Untersuchungen als praktikabel erwiesen, da dadurch eine Interpretation einer Kombination aus beiden Ergebnissen möglich wird.

‚Stabilität‘ meint im vorliegenden Fall ein Fließgleichgewicht, in dem ein System innerhalb einer Bandbreite oszilliert.

Es wurde so vorgegangen, daß das Jahr, das als Beginn der Analyse gewählt wurde, als Basisjahr angesehen wird. Die weiteren ‚Messungen‘ wurden so vorgenommen, daß einerseits zum Basisjahr bzw. zum vorhergehenden Meßjahr verglichen wurde und ergänzend auch ein Vergleich mit anderen Systemteilnehmern, d.h. Staaten, angestellt wurde. Mit diesem Vorgehen konnte ein entsprechend relatives Ergebnis erreicht werden.

Ob ein System stabil ist, läßt sich nur aus einem Vergleich zu verschiedenen Zeitpunkten ersehen. Ex post ist dies verhältnismäßig einfach möglich. Gerät ein System - im vorliegenden Fall ein Staat bzw. eine Region - aus dem Fließgleichgewicht, so hat es drei Möglichkeiten, wieder in dieses zu gelangen (wobei die Zustände nicht ident sein müssen, sondern durchaus auch eine unterschiedliche Qualität annehmen können):

1. Systemwandel, d.h. ein langsamer Adaptionsmechanismus bestimmter Elemente bzw. Verhaltensweisen führt zum neuen Zustand der Stabilität.
2. Systemwechsel, d.h. es kommt zum ‚Austausch‘ von Kernelementen bzw. Schlüsselverhaltensweisen.
3. Systemzusammenbruch, d.h. es erfolgt ein völliger Systemtod (wie z.B. im Fall der ehemaligen Sowjetunion).

Für die nachfolgend getroffene Stabilitätseinschätzung ist festzuhalten, daß es sich um eine subjektive Einschätzung aufgrund des vorhandenen Datenmaterials handelt. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte auf Basis der gängigen Literatur zur Stabilitätsfeststellung. Die Anzahl der Indikatoren zur Stabilitätsmessung ist groß, wenngleich nur relativ wenige davon tatsächlich aussagekräftig sind. Ziel ist es, einen Eindruck von Stabilität im Verständnis eines Fließgleichgewichts zu geben und nicht eine mathematisch-exakte Berechnung vorzulegen. Die nachfolgenden Indikatoren dienen demnach zur Feststellung von innerstaatlicher Stabilität zu bestimmten ausgewählten Zeitpunkten in sogenannten ‚Interface-Staaten‘ (das sind Staaten, die an einer gesellschaftlichen Bruchzone vor 1989/90 und dem Zerfall der Sowjetunion lagen).

Die Nutzung des Tools erfolgte über eine mehrere Runden umfassende Delphi-Befragung von Experten und besteht aus dem Profil selbst plus einer Verbalbeschreibung der einzelnen Bereiche.

Bei der Stabilitätsbeurteilung im Profil wurde zwischen ‚Indikatoren‘ und ihrem Ausprägungsgrad bzw. der Auswirkung des Indikators auf das Stabilitätsniveau unterschieden. Es ist nicht von einer automatischen Gleichgerichtetheit in der Wirkung des Indikators, seiner Ausprägung und der Konsequenz für das Stabilitätsniveau auszugehen.

Die nachfolgenden Grundannahmen bei der Benützung der Profile sind beispielhaft angeführt. Sie sollen die Art der Fragestellung und die Auswirkungen auf das Stabilitätsniveau demonstrieren. Dabei ist zu beachten, daß NICHT alle möglichen Indikatorenprägungen hier angeführt werden können.

Die Ausprägung der Indikatoren (hoch/mittel/niedrig) in der folgenden Tabelle ist willkürlich gewählt. Die einzelnen Fragestellungen werden nach dem sogenannten ‚Wenn-Dann-Prinzip‘ aufgebaut und lauten folgendermaßen:

Indikator	Ausprägung	Auswirkung auf das Stabilitätsniveau
Wenn die Erfüllungskompetenz des Militärs	niedrig ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Lebensdauer der Regierung	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Kontinuität der Regierungszusammensetzung	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl und Qualität der Gewalttaten	niedrig ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Lebensdauer der Verfassung	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn das demokratiepolitische Niveau	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl der extremen politischen Parteien	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl der bilateralen Abkommen	niedrig ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl der multilateralen Abkommen und die Einbindung in internationale Organisationen	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Abhängigkeit (im negativen Sinn) von Großmächten	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Konkurrenz mit regionalen Mächten	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn der Differenzierungsgrad der Religionen	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl der extremen religiösen Strömungen	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften	hoch ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn der Differenzierungsgrad der Ethnien	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Anzahl extremer ethnisch-politischer Strömungen	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die gegenseitige Akzeptanz von Ethnien	niedrig ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Arbeitslosenrate	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Inflationsrate	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn das Budgetdefizit	niedrig ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn das BSP-Wachstum	mittel ist	dann bewirkt dies ein mittleres Stabilitätsniveau
Wenn das ethnisch disproportionale Bevölkerungswachstum	niedrig ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Binnenmigration	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die Urbanisierungsrate	hoch ist	dann bewirkt dies ein niedriges bis sehr niedriges Stabilitätsniveau
Wenn die lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	niedrig ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau
Wenn die Landflucht	niedrig ist	dann bewirkt dies ein hohes bis sehr hohes Stabilitätsniveau

8.2 Stabilitätenprofil zu Beginn der Unabhängigkeit 1991

Stabilitätsbereiche	Ausprägungsgrad der Indikatoren			Stabilitätsniveau				
	hoch	mittel	niedrig	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig
Indikatoren								
Politische Stabilität								
Erfüllungskompetenz des Militärs			X					X
Lebensdauer der Regierung	X				X			
Kontinuität der Regierungszusammensetzung	X				X			
Anzahl der Gewalttaten und ihre Qualität			X		X			
Lebensdauer der Verfassung	X				X			
Demokratiepolitisches Niveau		X				X		
Vorhandensein extremer politischer Parteien	X						X	
Bilaterale Abkommen			X					X
Multilaterale Abkommen und Einbindung in internationale Organisationen			X					X
Abhängigkeit von Großmächten	X					X		
Konkurrenz mit regionalen Mächten		X				X		
Ethnische, religiöse Stabilität								
Verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten		X				X		
Differenzierungsgrad der Religionen	X						X	
Vorhandensein extremer religiöser Strömungen		X				X		
Gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften		X				X		
Differenzierungsgrad der Ethnien	X						X	
Vorhandensein extremer ethnisch-politischer Strömungen	X						X	
Gegenseitige Akzeptanz von Ethnien		X				X		
Ökonomische Stabilität								
Arbeitslosenrate	X						X	
Inflationsrate	X						X	
Budgetdefizit	X						X	
BSP-Wachstum			X				X	
Demographisch-soziale Stabilität								
Ethnisch proportionales Bevölkerungswachstum			X				X	
Binnenmigration		X				X		
Verteilung zwischen Stadt und Land		X				X		
Lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	X						X	
Landflucht		X				X		

8.3 Stabilitätsprofil 1992 - Verschärfung der Krise mit Griechenland

Stabilitätsbereiche	Ausprägungsgrad der Indikatoren			Stabilitätsniveau				
	hoch	mittel	niedrig	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig
Politische Stabilität								
Erfüllungskompetenz des Militärs			X				X	
Lebensdauer der Regierung	X				X			
Kontinuität der Regierungszusammensetzung		X				X		
Anzahl der Gewalttaten und ihre Qualität			X		X			
Lebensdauer der Verfassung		X				X		
Demokratiepolitisches Niveau		X				X		
Vorhandensein extremer politischer Parteien	X						X	
Bilaterale Abkommen			X					X
Multilaterale Abkommen und Einbindung in internationale Organisationen			X					X
Abhängigkeit von Großmächten	X					X		
Konkurrenz mit regionalen Mächten	X							X
Ethnische, religiöse Stabilität								
Verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten		X				X		
Differenzierungsgrad der Religionen	X						X	
Vorhandensein extremer religiöser Strömungen		X				X		
Gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften		X				X		
Differenzierungsgrad der Ethnien	X						X	
Vorhandensein extremer ethnisch-politischer Strömungen	X						X	
Gegenseitige Akzeptanz von Ethnien		X				X		
Ökonomische Stabilität								
Arbeitslosenrate	X						X	
Inflationsrate	X						X	
Budgetdefizit	X						X	
BSP-Wachstum			X				X	
Demographisch-soziale Stabilität								
Ethnisch proportionales Bevölkerungswachstum			X				X	
Binnenmigration		X				X		
Verteilung zwischen Stadt und Land		X				X		
Lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	X						X	
Landflucht		X				X		

8.4 Stabilitätsprofil 1995 - Abflauen der Krise mit Griechenland

Stabilitätsbereiche	Ausprägungsgrad der Indikatoren			Stabilitätsniveau				
	hoch	mittel	niedrig	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig
Politische Stabilität								
Erfüllungskompetenz des Militärs			X					X
Lebensdauer der Regierung		X				X		
Kontinuität der Regierungszusammensetzung		X				X		
Anzahl der Gewalttaten und ihre Qualität	X							X
Lebensdauer der Verfassung	X				X			
Demokratiepolitisches Niveau		X				X		
Vorhandensein extremer politischer Parteien		X				X		
Bilaterale Abkommen		X				X		
Multilaterale Abkommen und Einbindung in internationale Organisationen		X				X		
Abhängigkeit von Großmächten	X					X		
Konkurrenz mit regionalen Mächten		X				X		
Ethnische, religiöse Stabilität								
Verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten		X				X		
Differenzierungsgrad der Religionen	X						X	
Vorhandensein extremer religiöser Strömungen		X				X		
Gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften		X				X		
Differenzierungsgrad der Ethnien	X						X	
Vorhandensein extremer ethnisch-politischer Strömungen	X						X	
Gegenseitige Akzeptanz von Ethnien		X				X		
Ökonomische Stabilität								
Arbeitslosenrate	X						X	
Inflationsrate	X						X	
Budgetdefizit	X						X	
BSP-Wachstum			X				X	
Demographisch-soziale Stabilität								
Ethnisch proportionales Bevölkerungswachstum			X				X	
Binnenmigration		X				X		
Verteilung zwischen Stadt und Land		X				X		
Lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	X						X	
Landflucht		X				X		

8.5 Stabilitätenprofil am Höhepunkt der Kosovo-Krise (Frühjahr/Sommer 1998)

Stabilitätsbereiche	Ausprägungsgrad der Indikatoren			Stabilitätsniveau				
	hoch	mittel	niedrig	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig
Indikatoren								
Politische Stabilität								
Erfüllungskompetenz des Militärs			X				X	
Lebensdauer der Regierung	X				X			
Kontinuität der Regierungszusammensetzung	X				X			
Anzahl der Gewalttaten und ihre Qualität		X					X	
Lebensdauer der Verfassung	X				X			
Demokratiepolitisches Niveau		X				X		
Vorhandensein extremer politischer Parteien		X				X		
Bilaterale Abkommen	X				X			
Multilaterale Abkommen und Einbindung in internationale Organisationen	X				X			
Abhängigkeit von Großmächten	X					X		
Konkurrenz mit regionalen Mächten	X							X
Ethnische, religiöse Stabilität								
Verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten		X				X		
Differenzierungsgrad der Religionen	X						X	
Vorhandensein extremer religiöser Strömungen		X				X		
Gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften		X				X		
Differenzierungsgrad der Ethnien	X						X	
Vorhandensein extremer ethnisch-politischer Strömungen	X							X
Gegenseitige Akzeptanz von Ethnien		X					X	
Ökonomische Stabilität								
Arbeitslosenrate	X						X	
Inflationsrate	X						X	
Budgetdefizit			X			X		
BSP-Wachstum			X				X	
Demographisch-soziale Stabilität								
Ethnisch proportionales Bevölkerungswachstum			X				X	
Binnenmigration		X				X		
Verteilung zwischen Stadt und Land		X				X		
Lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	X				X			
Landflucht		X				X		

8.6 Stabilitätenprofil nach dem Regierungswechsel 1998

Stabilitätsbereiche	Ausprägungsgrad der Indikatoren			Stabilitätsniveau				
	hoch	mittel	niedrig	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig	sehr niedrig
Politische Stabilität								
Erfüllungskompetenz des Militärs			X					X
Lebensdauer der Regierung	X				X			
Kontinuität der Regierungszusammensetzung			X			X		
Anzahl der Gewalttaten und ihre Qualität			X		X			
Lebensdauer der Verfassung	X				X			
Demokratiepolitisches Niveau		X				X		
Vorhandensein extremer politischer Parteien		X				X		
Bilaterale Abkommen	X				X			
Multilaterale Abkommen und Einbindung in internationale Organisationen	X				X			
Abhängigkeit von Großmächten		X				X		
Konkurrenz mit regionalen Mächten		X					X	
Ethnische, religiöse Stabilität								
Verfassungsrechtl. Absicherung von Minderheitsrechten		X				X		
Differenzierungsgrad der Religionen	X						X	
Vorhandensein extremer religiöser Strömungen		X				X		
Gegenseitige Akzeptanz von Religionsgemeinschaften		X				X		
Differenzierungsgrad der Ethnien	X						X	
Vorhandensein extremer ethnisch-politischer Strömungen	X						X	
Gegenseitige Akzeptanz von Ethnien			X				X	
Ökonomische Stabilität								
Arbeitslosenrate	X						X	
Inflationsrate	X						X	
Budgetdefizit			X			X		
BSP-Wachstum			X				X	
Demographisch-soziale Stabilität								
Ethnisch proportionales Bevölkerungswachstum			X				X	
Binnenmigration		X				X		
Verteilung zwischen Stadt und Land		X				X		
Lokale Konzentration von ethnischen u./o. religiösen Minderheiten	X						X	
Landflucht		X				X		

8.7 Kommentar zu den Stabilitätsprofilen

Im folgenden werden die einzelnen Stabilitätsprofile dahingehend kommentiert, als die VERÄNDERUNGEN von einem Profil zum nächsten herausgefiltert und kurz analysiert werden.

8.7.1 Politische Stabilität

Im Berichtszeitraum wies Mazedonien im innenpolitischen Bereich eine relativ hohe Stabilität auf, was vor allem auf das im Vergleich zu den meisten anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien hohe demokratiepolitische Niveau (mit Ausnahme des Medienbereiches) sowie auf die geringe Anzahl an Gewalttaten zurückzuführen ist. Gefahrenelemente im innenpolitischen Bereich stellten in der gesamten Beobachtungsperiode jedoch die strukturelle und materielle Schwäche der mazedonischen Streitkräfte sowie die Existenz ethno-nationalistischer Parteien dar. Die Bildung einer neuen Regierung im Herbst 1998, in der sowohl Repräsentanten des albanisch-nationalen Spektrums als auch der nationalen mazedonischen Partei vertreten sind, könnte jedoch zu einer Entschärfung der zuletzt angeführten Problemlage führen.

Im Gegensatz zum innenpolitischen Bereich, in dem von 1991 bis 1998 kaum eine Veränderung der Stabilität verzeichnet werden konnte, war der außenpolitische Bereich von massiven Veränderungen des Stabilitätsniveaus gekennzeichnet. Die außenpolitische Stabilität war zu Beginn der Beobachtungsperiode im niedrigen Bereich. Maßgebend dafür war die außenpolitische Isolation von Mazedonien unmittelbar nach der Unabhängigkeit, die durch eine geringe Anzahl an bilateralen und multilateralen Abkommen gekennzeichnet war. Diese Isolation konnte von der mazedonischen Führung seit der Aufnahme des Staates in die UNO (1993) schrittweise überwunden werden. Bis zum Jahre 1998 war es Mazedonien gelungen, Mitglied fast aller relevanten internationalen Organisationen zu werden. Weiters ist Mazedonien neben Slowenien der einzige Nachfolgestaat der SFRJ, der bislang in das NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden aufgenommen wurde und ein Abkommen über Handelserleichterungen mit der EU abgeschlossen hat.

Als weiterer wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der sukzessiven Erhöhung der außenpolitischen Stabilität in der Beobachtungsperiode kann die seit 1995 feststellbare Abnahme der Spannungen zu den Nachbarländern Serbien und Griechenland angeführt werden.

Sehr negativ auf die politische Stabilität Mazedoniens wirkt sich der serbisch-albanische Konflikt im Kosovo aus, der seit dem Frühjahr 1998 die Form einer offenen kriegerischen Auseinandersetzung angenommen hat. Der ‚Befreiungskampf‘ der Kosovo-Albaner beeinflusst die interethnischen Beziehungen in Mazedonien vor allem im sozial-psychologischen Bereich. Auf der albanischen Seite hat er die Stärkung secessionistischer Bestrebungen sowie die verringerte Bereitschaft, eine politische Kompromißlösung mit der mazedonischen Führung zu finden, zur Konsequenz. Die mazedonische Bevölkerung wiederum sieht in den Ereignissen im Kosovo eine unmittelbare Gefahr für die Integrität ihres Staates, da sie ein Übergreifen der Kampfhandlungen befürchtet. Die in Mazedonien lebenden Albaner werden aufgrund ihrer hohen Identifikation mit den Zielen der ‚Befreiungsarmee des Kosovo‘ von der slawo-mazedonischen Bevölkerung zunehmend als feindlich gesinnte Bevölkerungsgruppe perzipiert.

Im militärischen Bereich ergab sich folgendes Bild: Die seit Aufstellung der mazedonischen Armee unternommenen Anstrengungen waren zu gering, um ein operativ handlungsfähiges Kriseninstrumentarium zu schaffen.

Aktuelle Bemühungen in Richtung Professionalisierung – verbunden mit einer Anpassung der Friedenssollstärke – und bedeutende Verbesserungen im Rüstungsbereich können als Indikator dafür betrachtet werden, daß Skopje gewillt ist, die Verteidigungsanstrengungen zu intensivieren. Besonders die Einbindung in den PIF-Rahmen der NATO und die Teilnahme an der in Entstehung befindlichen Balkan-Friedenstruppe bilden günstige und stabilisierende Voraussetzungen für das Fortschreiten dieses Prozesses.

Dennoch ist die derzeitige Situation als unbefriedigend zu bezeichnen, da primäre Aufgaben, z.B. ein Sicherungseinsatz gegenüber dem Kosovo, Albanien, u./oder auch Serbien, nicht eigenständig erfüllt werden können. Zudem könnte ein Assistenzsinsatz im Landesinneren zur Erhaltung der territorialen Integrität – wie in der Doktrin vorgesehen – zu unvorhersehbaren Auswirkungen innerhalb der Armee führen.

8.7.2 Ethnische, religiöse Stabilität

Die interethnische Stabilität mußte im gesamten Beobachtungszeitraum als niedrig eingestuft werden. Trotz der im Vergleich zu anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens vorbildlichen Absicherung der Rechte der ethnischen Minderheiten in Verfassung und Gesetzgebung bestehen insbesondere zwischen der slawo-mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und den Albanern als zweitgrößter Volksgruppe latente Spannungen. Da der Konflikt zwischen den beiden ethnischen Gruppen nicht von Forderungen der Minorität nach einer rechtlichen Besserstellung als "ethnische Minderheit" determiniert wird, sondern die weitere Existenz Mazedoniens als Nationalstaat der slawischen Mehrheitsbevölkerung prinzipiell in Frage stellt, kann mittel- und langfristig eine Eskalation in Form eines Seessionskrieges nicht ausgeschlossen werden. Ob eine solche Entwicklung verhindert werden kann, wird unter anderem maßgeblich davon abhängig sein, wie sehr es der mazedonischen Regierung

gelingen wird, durch gezielte vertrauensbildende Maßnahmen (z.B. Erhöhung des Anteils albanischer Polizisten in albanischen Mehrheitsgebieten) eine stärkere Identifikation der albanischen Bevölkerungsgruppe mit dem mazedonischen Staat herbeizuführen.

Obwohl die ethnische Zugehörigkeit mit der religiösen Zugehörigkeit weitestgehend übereinstimmt (mehrheitlich christlich-orthodoxe Mazedonier und moslemische Albaner), konnte dem religiösen Moment im Beobachtungszeitraum keine große Relevanz als Konfliktmerkmal zugeordnet werden.

8.7.3 Ökonomische Stabilität

Die ökonomische Stabilität war in der gesamten Beobachtungsperiode im niedrigen Bereich. Als einziger Indikator konnte das Budgetdefizit eine leicht positive Entwicklung verzeichnen. Dies war aber nicht ausreichend, um nach der Sezessionskrise, die bis etwa 1995 andauerte, die nachfolgende Transformationskrise in den Griff zu bekommen.

Im relativen Vergleich mit anderen MOE-Staaten ist die Nachhaltigkeit der krisenhaften Situation nichts Ungewöhnliches. Da es um massive und tiefgreifende strukturelle Veränderungen von über Jahrzehnte Gewachsenem geht, ein drastischer ‚Turn-around‘ nicht immer erfolgversprechend ist und auch eine Reihe von Prämissen dazu erfüllt werden müssen, kann die Lage in FYROM/Mazedonien als nicht ungewöhnlich eingestuft werden.

Da FYROM/Mazedonien aber letzten Endes eine Marktwirtschaft nach westlichem Muster anstrebt, ist auch ein relativer Vergleich mit westlichen Staaten anzustellen. In diesem schneidet FYROM/Mazedonien naturgemäß schlecht ab und die mehrfach angeführten markanten strukturellen Defizite werden evident.

8.7.4 Demographisch-soziale Stabilität

Mazedonien verfügte in der Beobachtungsperiode gleichbleibend über eine geringe demographisch-soziale Stabilität. Ausschlaggebend dafür ist vor allem das disproportionale Wachstum der Albaner im Vergleich zu den Mazedoniern sowie die Konzentration der albanischen Bevölkerung im Westen Mazedoniens. Beide Faktoren stärken die albanische Bevölkerungsgruppe hinsichtlich ihrer Forderung nach einer Umwandlung Mazedoniens in einen bi-nationalen albanisch-mazedonischen Staat. Die unmittelbare Nachbarschaft des mehrheitlich von Albanern bewohnten Westmazedoniens zum Konfliktraum Kosovo bewirkt zudem die Gefahr secessionistischer ‚Spillover-Effekte‘.

9. Krisenpotentialranking

9.1 Grundsätzliche Anmerkungen

Das Krisenpotentialranking ist wie das Stabilitätenprofil ein Tool für eine Zeitpunktaufnahme einer Situationskonstellation. Es unterstützt die gleichzeitige Betrachtung von mehreren Krisenpotentialen. Mit Hilfe des Krisenpotentialranking werden erste Empfehlungen für Aktionen gegeben. Die Ableitung derselben erfolgt aus den vorher erhaltenen Erkenntnissen. Die Anwendung des Tools erfolgte über eine mehrere Runden umfassende Delphi-Befragung von Experten.

Die nachfolgende Zeitreihen-Analyse zeigt eine Prioritätenabstufung der Krisenpotentiale, wobei gilt:

5 = höchste Priorität in der Behandlung durch politische Entscheidungsträger;

1 = niedrigste Priorität in der Behandlung durch politische Entscheidungsträger.

Für das Krisenpotentialranking wurden dieselben Zeitpunkte wie bei den Stabilitätenprofilen herangezogen:

9.2 Krisenpotentialranking zu Beginn der Unabhängigkeit 1991

Aktionsdringlichkeit	5	4	3	2	1
Krisenpotential	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung, Veränderungsvergleich, Handlungsalternativen durchspielen, auf mögliche Konsequenzen überprüfen	mehrmals jährlich Beobachtung, Veränderungsvergleich – Aktionspotentiale feststellen	jährliche Beobachtung Veränderungsvergleich	vorhanden, stichprobenartige Beobachtung
lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Kaum internationale Einbindung	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen	X				
Lokale Konzentration v. ethnischen u./o. religiösen Minderheiten				X	
Ethnisch disproportionales Bevölkerungswachstum					X
Erfüllungskompetenz des Militärs	X				
regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					
Involvierung Serbiens in kriegerische Auseinandersetzungen	X				
Konflikt mit Griechenland		X			
Sprachenkonflikt mit Bulgarien				X	

9.3 Krisenpotentialranking Mitte 1992 – Verschärfung der Krise mit Griechenland

Aktionsdringlichkeit	5	4	3	2	1
Krisenpotential	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung, Veränderungsvergleich, Handlungsalternativen durchspielen, auf mögliche Konsequenzen überprüfen	mehrmals jährlich Beobachtung, Veränderungsvergleich – Aktionspotentiale feststellen	jährliche Beobachtung Veränderungsvergleich	vorhanden, stichprobenartige Beobachtung
lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Kaum internationale Einbindung	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen	X				
Lokale Konzentration v. ethnischen u./o. religiösen Minderheiten				X	
Ethnisch disproportionalen Bevölkerungswachstum					X
Erfüllungskompetenz des Militärs	X				
regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					
Involvierung Serbiens in kriegsähnliche Auseinandersetzungen		X			
Konflikt mit Griechenland	X				
Sprachenkonflikt mit Bulgarien				X	

9.4 Krisenpotentialranking 1995 – Abflauen der Krise mit Griechenland

Aktionsdringlichkeit	5	4	3	2	1
Krisenpotential	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung, Veränderungsvergleich, Handlungsalternativen durchspielen, auf mögliche Konsequenzen überprüfen	mehrmals jährlich Beobachtung, Veränderungsvergleich – Aktionspotentiale feststellen	jährliche Beobachtung Veränderungsvergleich	vorhanden, stichprobenartige Beobachtung
lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen	X				
Lokale Konzentration v. ethnischen u./o. religiösen Minderheiten				X	
Ethnisch disproportionalen Bevölkerungswachstum					X
Erfüllungskompetenz des Militärs	X				
regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					
Involvierung Serbiens in kriegerische Auseinandersetzungen		X			
Konflikt mit Griechenland				X	
Sprachenkonflikt mit Bulgarien				X	

9.5 Krisenpotentialranking zum Höhepunkt der Kosovo-Krise (Frühjahr/Sommer 1998)

Aktionsdringlichkeit	5	4	3	2	1
Krisenpotential	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung, Veränderungsvergleich, Handlungsalternativen durchspielen, auf mögliche Konsequenzen überprüfen	mehrmals jährlich Beobachtung, Veränderungsvergleich – Aktionspotentiale feststellen	jährliche Beobachtung Veränderungsvergleich	vorhanden, stichprobenartige Beobachtung
lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen		X			
Lokale Konzentration v. ethnischen u./o. religiösen Minderheiten				X	
Ethnisch disproportionalen Bevölkerungswachstum					X
Erfüllungskompetenz des Militärs	X				
regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					

Kosovo	X				
Albanien		X			
Konflikt mit Griechenland				X	
Sprachenkonflikt mit Bulgarien				X	
Beziehungen zu Serbien			X		

9.6 Krisenpotentialranking nach dem Regierungswechsel 1998

Aktionsdringlichkeit	5	4	3	2	1
	sofortiger Aktionsbedarf	laufende Beobachtung, Veränderungsvergleich, Handlungsalternativen durchspielen, auf mögliche Konsequenzen überprüfen	mehrmals jährlich Beobachtung, Veränderungsvergleich – Aktionspotentiale feststellen	jährliche Beobachtung Veränderungsvergleich	vorhanden, stichprobenartige Beobachtung
Krisenpotential					
lokale Krisenpotentiale (innerstaatlich)					
Wirtschaftslage	X				
Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen		X			
Lokale Konzentration v. ethnischen u./o. religiösen Minderheiten				X	
Ethnisch disproportionales Bevölkerungswachstum					X
Erfüllungskompetenz des Militärs		X			
regionale Krisenpotentiale mit Landesbezug					
Kosovo	X				
Albanien		X			
Konflikt mit Griechenland					X
Sprachenkonflikt mit Bulgarien					X
Beziehungen zu Serbien			X		

Als aktuelle Krisenpotentiale (Stand Herbst 1998) haben sich auf

- der innerstaatlichen Ebene die nach wie vor angespannte Wirtschaftslage und das Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen erwiesen. Hier besteht zumindest der Bedarf einer laufenden Beobachtung der Situation mit einem periodischen Veränderungsvergleich. Danach sind Handlungsalternativen auszuarbeiten, durchzuspielen und auf mögliche Konsequenzen zu überprüfen.
- der regionalen Ebene weisen die Lage im Kosovo und in Albanien die Aktionsstufe 5 und 4 auf, d.h. es besteht zumindest der Bedarf einer laufenden Beobachtung der Situation mit einem periodischen Veränderungsvergleich. Danach sind Handlungsalternativen auszuarbeiten, durchzuspielen und auf mögliche Konsequenzen zu überprüfen.

10. Conclusio

Die Schlußfolgerungen der Projektarbeit sind aus methodischer (d.h. die Anwendung der Instrumente betreffend) und inhaltlicher Sicht (d.h. die Ergebnisse der Fallstudie) zu ziehen.

10.1 Methodische Schlußfolgerungen

Im wesentlichen wurden das Erfassungsgitter, das Signalgitter, das Stabilitätenprofil und das Krisenpotentialranking angewendet.

Das Erfassungsgitter wurde dahingehend erweitert, als die Kategorien ‚unmittelbare Krisenauslöser in der Fallstudie‘, ‚Indikatoren zur Beschreibung derselben‘ und ‚Quellen‘ explizit dazugefügt wurden. Dies war bislang nur implizit vorhanden. Damit konnte eine bessere Trennschärfe für die erstmalige Anwendung erzielt werden. Zudem kann das Instrument auch leichter durch andere Personen angewendet werden. Das Erfassungsgitter wurde inhaltlich um das Feld ‚Militär‘ ergänzt. Das Feld ist zur Zeit noch überproportional breit angelegt. Für den Erstentwurf ist dies durchaus akzeptabel, ja sogar erforderlich. Es ist aber wesentlich, dieses Feld nochmals zu überprüfen und weiterzuentwickeln bzw. zu straffen. Eine stärkere Verknüpfung mit dem Feld ‚Macht- und Ordnungspolitik‘ erscheint wünschenswert.

Die anderen Instrumente wurden weitgehend so übernommen und angewendet wie sie vorgeschlagen wurden. Im Bereich des Stabilitätenprofils könnte man eine Trennung der Teilstabilitätsbereiche vornehmen, da Indikatoren mit unterschiedlicher Qualität und Fristigkeit in der Wirkung angewendet werden. Damit würde man zwar den Überblick über die Gesamtstabilität verlieren, in den Teilstabilitäten aber doch präziser sein können. Dies geht aber über die Projektarbeit deutlich hinaus und ist primär wissenschaftlich fundierbar als mit der praktischen Aussage des Instrumentes verbunden.

10.2 Inhaltliche Schlußfolgerungen

FYROM/Mazedonien hat sich im Rahmen der Fallstudie als Staat mit einer recht zwiespältigen Entwicklung seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 erwiesen.

Skizziert man die einzelnen Analysebereiche, so zeigt sich ein sehr starker Zusammenhang zwischen den Feldern Demographie und Macht- und Ordnungspolitik. Hier wirkt die Bevölkerungsstruktur massiv auf die Existenz der Staates per se und auf seine Stabilität und künftige Entwicklung. Wie gerade dies in Hinkunft aussehen wird, hängt sehr stark von der Einbindung des albanisch-stämmigen Bevölkerungsteils in politische Entscheidungsprozesse ab (Anerkennung als zweites Staatsvolk). Auch die räumliche Aufteilung der Bevölkerungsgruppen (Konzentration der albanischen Mazedonier im westlichen Landesteil, der auch an Albanien grenzt) beeinflußt den Staat in seiner Existenz nachhaltig.

Analysiert man die innenpolitische Stabilität, so war diese – im Gegensatz zur außenpolitischen Stabilität – konstant hoch. Im außenpolitischen Bereich gab es nach einer ängstlich niedrigen Stabilität nach der Lösung der Probleme mit Griechenland eine signifikante Verbesserung im Stabilitätsniveau. Bis zum Jahre 1998 war es Mazedonien gelungen, Mitglied fast aller relevanten internationalen Organisationen zu werden und sich damit einen fixen Platz im regionalen Kontext zu sichern.

Die interethnische Stabilität konnte im gesamten Beobachtungszeitraum als niedrig eingestuft werden. Trotz der im Vergleich zu anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens vorbildlichen Absicherung der Rechte der ethnischen Minderheiten in Verfassung und Gesetzgebung bestehen insbesondere zwischen der slawo-mazedonischen Mehrheitsbevölkerung und den Albanern als zweitgrößter Volksgruppe latente Spannungen. Ob eine sezessionistische Entwicklung verhindert werden kann, wird unter anderem maßgeblich davon abhängig sein, wie sehr es der mazedonischen Regierung gelingen wird, durch gezielte vertrauensbildende Maßnahmen eine stärkere Identifikation der albanischen Bevölkerungsgruppe mit dem mazedonischen Staat herbeizuführen.

Auch der Konnex zwischen den Feldern Macht- und Ordnungspolitik und Wirtschaft ist evident stark. Die positive Entwicklung beider Bereiche steht in einem engen Zusammenhang. Vor allem die nachhaltig hohe Arbeitslosigkeit – besonders unter jungen Menschen – stellt ein massives Problem dar. Dieses konnte bislang nicht in Griff bekommen werden, weil FYROM/Mazedonien das erforderliche Finanzierungspotential fehlt und aufgrund der nach wie vor vorhandenen Instabilität der Region ausländische Direktinvestitionen ebenfalls zu gering sind. Da die positive wirtschaftliche Entwicklung seit Beginn der Unabhängigkeit laufend durch eine Reihe von Hindernissen und systemischen Altlasten gebremst wird, ist davon auszugehen, daß sich ein nicht zu unterschätzendes soziales Sprengpotential aufgebaut hat.

Der nach wie vor relativ instabile innenpolitische Rahmen kombiniert mit ungelösten Problemstellungen in den Nachbarstaaten, inklusive einer mehr oder weniger starken Involvierung FYROM/Mazedoniens macht die Transformation von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft schwierig und läßt nur relativ kleine Schritte zu. Die

wirtschaftliche Gesundung FYROM/Mazedoniens bzw. das Gelingen der Transformation wird auch von der innenpolitischen Stabilität, der Glaubwürdigkeit der Regierung und ihrer Politik und der Bewältigung interethnischer Spannungen abhängen.

Für das Feld ‚Militär‘, das eng mit jenem der ‚Macht- und Ordnungspolitik‘ zusammenhängt, gelten folgenden Grundsatzaussagen. Nach ängstlichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung der neuen Armee der Republik Mazedonien (ARM) scheint vor allem in den Jahren 1997/98 eine massive Verbesserung im Rüstungsbereich eingetreten zu sein. Diese ist im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung im Kosovo zu sehen und reflektiert das nationale und internationale Interesse, ein bisher vorhandenes sicherheitspolitisches Kräftevakuum zu beseitigen. Besonders die Einbindung in den Pff-Rahmen der NATO und die Teilnahme an der in Entstehung befindlichen Friedenstruppe bilden günstige und stabilisierende Voraussetzungen für das Fortschreiten dieses Prozesses. Trotz der bisherigen Bemühungen und durchaus vorhandenen positiven Entwicklungen sind die operativen Kapazitäten der ARM als sehr gering einzustufen.

Die massive Bündnispolitik der Regierung und die Mitwirkung in einem neu kreierten Kriseninstrumentarium bestätigen den Stabilitätskurs Mazedoniens, aber auch das Interesse der Staatengemeinschaft an einer Beruhigung dieser Zone.

Die Felder ‚Technologie‘ und ‚Ökologie‘ sind in der Fallstudie sogenannte ‚weiße Felder‘, d.h. sie sind der Fallstudie nicht belegt.

Erstellt man ein aktuelles Krisenpotentialranking (Stand Herbst 1998), so sieht dies folgendermaßen aus:

Auf innerstaatlicher Ebene bilden die nach wie vor angespannte Wirtschaftslage und das Vorhandensein extremer politischer und ethnisch-politischer Parteien/Strömungen gekoppelt mit der vorhandenen demographischen Strukturierung und den interethnischen Spannungen Bereiche, in denen zumindest der Bedarf einer laufenden Beobachtung der Situation mit einem periodischen Veränderungsvergleich erforderlich erscheint. Danach sind Handlungsalternativen auszuarbeiten, durchspielen und auf mögliche Konsequenzen zu überprüfen.

Auf regionaler Ebene sind die Lage im Kosovo und in Albanien die kritischen Bereiche, die auf eine Aktionsstufe 5 und 4 hindeuten, d.h. es besteht zumindest der Bedarf einer laufenden Beobachtung der Situation mit einem periodischen Veränderungsvergleich. Danach sind Handlungsalternativen auszuarbeiten, durchzuspielen und auf mögliche Konsequenzen zu überprüfen.

Bibliographisches Grundlagenmaterial

Archiv der Gegenwart v. 10. 11. 1995, S. 40524f.

BBC Monitoring Service, Central Europe and Balkans: France to help modernize army, 5. 3. 1998.

BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: Albania and Macedonia sign military co-operation agreement, 28. 3. 1998.

BBC Monitoring Service, Central Europe and Balkans: Army acquires new weapons, 23. 6. 1998

BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans: Daily says smuggled arms intended for distribution within Macedonia, 20. 7. 1998.

BBC Monitoring Service, Central Europe and Balkans: Macedonia decides strategy for NATO integration, 8. 10. 1998.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Aktuelle Analysen Nr. 52/1994, S. 3f.

Büschfeld, Herbert: Die Volkszählung 1994 in Makedonien, in: Osteuropa, 8/1995, S. 769-776.

Clément, Sophia: Conflict prevention in the Balkans: Case studies of Kosovo and the FYR of Macedonia, in: Chaillot Paper 30, Institute for Security Studies Western European Union, Paris 1997.

Clément, Sophia: Conflict prevention in the Balkans: Case studies of Kosovo and the FYR of Macedonia, in: Österreichische Osthefte 1/2 1998, S. 25.

Clewing, Konrad: Zwischen Instrumentalisierung und Brückenfunktion. Die griechische Minderheit in Südalbanien als Faktor in der Albanienpolitik Athens, in: Südosteuropa, 6-7/1995, S. 413-432.

Gligorov, Vladimir: Aufrechterhaltung der Stabilität in Mazedonien, in: Podkaminer, Leon/Vidovic, Helene et al.: Externe Defizite der Transformationsländer niedriger als befürchtet. Die Wirtschaft der Oststaaten 1997/98, Sonderdruck aus WIFO-Monatsberichte, 71. Jg., Heft 5, 1998, S. 335-336.

Gow, J./Pettifer, J.: Macedonia – Handle with Care. In: Janes Intelligence Review, Europe – September 1993, S. 387-388

- Gruber, Walter: Die wirtschaftliche Entwicklung Makedoniens seit 1991, in: Osthefte 1/2 1998, S. 435-457.
- Gruber, Walter: FJR Mazedonien, in: Wirtschaftsentwicklung in Osteuropa und ausgewählten Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Gutachten erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft (=Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut 192 und 200, München 1996).
- Hatschikjan, Magarditsch A.: Mazedonien: Variable Balancen, fragile Strukturen, in: Europäische Rundschau, 2/1996, S. 23-35.
- Hatschikjan, Magarditsch A.: Mazedonien: Variable Balancen, fragile Strukturen, in: Europäische Rundschau, 2/1996, S. 30.
- Hill, Peter: Die Dialektbasis der makedonischen Standardsprache, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 261-281.
- The International Institute for strategic studies.
- The Military Balance 1996/1997, London, S. 92;
- The Military Balance 1997/1998, London, S. 89; The Military Balance 1998/1999, London, S. 89.
- Jordan, M.: More strife forces UN to stay in Macedonia. In: Jane's Defence Weekly, 7. 1. 1998, S. 25-26.
- Jordan, Peter/Lukan, Walter (Hg.): Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, Wien 1998.
- Jordan, Peter: Ethnische Gruppen in Makedonien, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 65-114.
- Kraft, Ekkehard: Der "makedonische Faktor" in der griechischen Außen- und Innenpolitik: Ursachen und Auswirkungen, in: Südosteuropa, 6-7/1995, S. 385-412.
- Kraft, Ekkehard: Die Religionsgemeinschaften in Makedonien, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 339-376.
- Libal, Wolfgang: Die innenpolitische Entwicklung Makedoniens seit der Unabhängigkeitserklärung, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 377-386.
- Munzinger-Archiv/IH-Zeitarchiv: Infobase Chronik FYROM/Makedonien.
- Munzinger-Archiv/IH-Zeitarchiv, rage Mazedonien, S. 11, S. 17, S. 19, S. 20.
- Perry, Duncan: Destiny on Hold: Macedonia and the Dangers of Ethnic Discord, in: Current History 617/98, pp.119-126.
- Preinerstorfer, Rudolf: Die Entwicklung der makedonischen Schriftsprache, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 235-260
- Reuter, Jens: Die Beziehungen zwischen Griechenland und der BR Jugoslawien von 1991 bis zur Gegenwart, in: Südosteuropa, 7-8/1997, S. 373-386.
- Schaller, Helmut W.: Die makedonische Sprache in Geschichte und Gegenwart, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 283-298
- Shea, John, Macedonia in history: myths and constants, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 131-168.
- Slawinski, I.: Die Rechtsentwicklung Makedoniens seit 1991. In: Österreichische Osthefte 1/2 1998, S. 465.
- Troebst, Stefan: IMRO + 100 = FYROM, in: Makedonien, Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Kultur – Politik – Wirtschaft – Recht, hg. v. Lukan, Walter u. Jordan, Peter, Wien 1998, S. 217-218.
- Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (Hrsg.): Macedonia: Turning the Corner, Slowly, Wien 1998.

Verwendete Zeitungen und Zeitschriften

RFE/RL (Radio Free Europe/Radio Liberty): Research Report vom 14. 1. 1992, S. 68-69.

Folgende Internet-Informationen

FYROM/Macedonia:

<http://www.odci.gov/cia/publications/factobook/mk.html>

FYROM/Makedonien:

http://www.gov.mk/en/governme/members_of_the_government.html

OSZE: The OSCE Spillover Monitor Mission to Skopje;

Political Parties: <http://www.osce.org/inst/secret/missions/skopje.htm>

UNPREDEP-Mission:

<http://www.un.org/Depts/DPKO/Missions/unpredep.htm>

White Paper of the Defense of the Republic of Macedonia – Army;

<http://www.morm.gov.mk/eng/whitepaper/army.htm>

White Paper of the Defense of the Republic of Macedonia – Budget;

<http://www.morm.gov.mk/eng/whitepaper/budget.htm>

White Paper of the Defense of the Republic of Macedonia. - Basic fact Sheet,

<http://www.morm.gov.mk./eng/basis.htm>

Democratic Party for Macedonian National Unity - VMRO-DPMNE:

http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesVMRO_DPMNE.html

League of Democracy - LoD:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesLoD.html>

Alliance of Demoratic Forces in Macedonia - SDSM:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesSDSM.html>

Socialist Party:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesSocialist.html>

Liberal Party:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesLiberal.html>

Movement of All-Macedonian Action-MAAK:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesMAAK.html>

Democratic Party of Serbs – DPS

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesDPS.html>

Party for Democratic Prosperity - PDP

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesPDP.html>

People’s Democratic Party – NDP

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesNDP.html>

Democratic Party of Turks:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/parties.DPT.html>

Other parties:

<http://www.b-info.com/places/Macedonia/republic/partiesEct.html>

Oberst Mag. Walter FEICHTINGER
Hauptlehtroffizier und Forscher
an der Landesverteidigungsakademie
Institut für Internationale Friedenssicherung, Wien.

Mag. Predrag JUREKOVIC
Mitarbeiter des Militärwissenschaftliches Büros
des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Wien.

Dr. Andrea K. RIEMER
Forscherin und Publizistin im Bereich theoretisch-methodische Aspekte
der Krisenfrüherkennung mit regionalem Schwerpunkt östliches Mittelmeer/Balkan.